37. Jahrgang | Bochum, den 29. August 1925 | Nummer 35

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38 42

Telephon-Nummern: 4300, 4301 Telegramm: Altverband Bochum

Zum Gewerkschaftskongreß.

Am 31. August tritt in Breslau der 12. Gewerkschaftskongreß, der 2. Bundestag des ADGB., zusammen. 350 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gab es in Deutschland, als die Organisationen die lose Verbindung durch die Generalkommission schufen. 2 500 000 vor dem Kriege, 8 Millionen 1922, nachdem es zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kam.

Vor dem Kriege: Keine Anerkennung der Gewerkschaften, weder durch die Gesetzgebung noch durch die Unternehmer, sondern

Maßregelung, schwarze Listen und Aussperrungen,

polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Verfolgungen, Gefängnis und Zuchthaus!

Im Krieg sah selbst die Oberste Heeresleitung ein, daß gegen oder ohne die Arbeiterschaft von vornherein der Zusammenbruch sicher war, deshalb hier die ersten Anfänge der Schlichtungsausschüsse.

Nach dem Krieg: Zuströmen der bisher unorganisierten Massen, die von der in die Erscheinung tretenden Macht der Gewerkschaften die rascheste Lösung der sozialen Frage, die Abhilfe für alle ihre Beschwerden erhofften. Zugleich aber die Gegenströmung:

Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften

durch überspannte Forderungen, falsche Taktik, Zellenbau und damit zusammenhängende Verekelung für Hunderttausende, für noch mehr Laue und Unerfahrene willkommener Grund, sich von Mitgliedschaft und Beiträgen zu drücken. Mit dem Fortschreiten der Inflation steigerte sich diese Schwächung und erreichte ihren Höhepunkt mit dem Ende der Inflation. Fast die Hälfte der deutschen Arbeiter verlor den Achtstundentag, nicht durch die Schuld der „Bonzen", sondern wesentlich durch eigene Schuld. Aber trotz dieser ungünstigen Entwicklung, trotz Rechtsregierung ist die reale Macht der Gewerkschaften nicht aus der Welt zu schaffen: jedes Gesetzgebungswerk der Reaktion macht widerwillig Konzessionen an den Standpunkt der Arbeiter, weil die Reaktion weiß, sie regiert nur so lange, wie es Massen von dummen Arbeitern gibt, die sich von der Reaktion an der Nase herumführen lassen.

Die nächste Zukunft steht im Zeichen großer wirtschaftlicher Kämpfe:

Lohn-, Steuer- und Zolldruck bedrohen die Existenz der Arbeiter. Ein Bundestag des ADGB. in solcher Zeit hat besondere Bedeutung. Die Tagesordnung des Kongresses zeigt denn auch nach dem Bericht des Bundesvorstandes als ersten Verhandlungsgegenstand die

Sozialgesetzgebung in Deutschland.

Angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer und ihre Trabanten sich heiser schreien über die „sozialen Lasten", wird der Kongreß scharf und deutlich die Mängel der deutschen Sozialgesetzgebung aufzeigen. Die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterversicherung muß endlich beseitigt werden. Orts-, Betriebs-, Innungs-, Land- und Knappschaftskrankenkassen bestehen nebeneinander, die Vereinheitlichung der Invaliden-Knappschafts-Angestelltenversicherung und manches andere ist zu erstreben. Solange eine solche Vereinheitlichung nicht erreicht ist, müssen die Renten weiter erhöht werden, so daß sie wenigstens vor Verhungern schützen.

Die Erwerbslosenfürsorge schreit nach neuer Regelung. Im Gegensatz zu früher beruht sie heute auf Beitragszahlung, die Umwandlung in eine Arbeitslosenversicherung ist notwendig und dringend.

Das Arbeitsrecht ist in Deutschland immer noch nicht geordnet. Der neue Arbeitsgerichtsgesetzentwurf entspricht durchaus nicht den Forderungen der Arbeiterschaft. Tarif- und Schlichtungswesen bedürfen fortschrittlicher Ausgestaltung, statt dessen läuft die Unternehmerschaft Sturm gegen diese Einrichtungen, und die großen Kämpfe im Bau- und Textilgewerbe sind nicht nur Abwehr der Unternehmer gegen Lohnforderungen, sondern ihr erbitterter Kampf gegen Tarife und Schlichtungswesen, für ihre Autokratie in Betrieb und Gewerbe, für ihre „Werksgemeinschaften", die diese Autokratie nach außen bemänteln sollen.

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz birgt gefährliche Fallgruben für die Gewerkschaften. Das jetzige Arbeitsrecht gibt den Gewerkschaften einen Teil Rechtsfähigkeit, diese haben sie aber nicht im bürgerlichen Recht. In dem neuen Entwurf will nun die Regierung den Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit aufbürden, die geeignet ist, alle die Gefahren auf die Gewerkschaften zu übertragen, um derentwillen sie bisher die Erlangung der Rechtsfähigkeit ablehnten. Diese für die Gewerkschaften gefährlichen Bestimmungen lauten:

§ 2. Zuständigkeit. Die Arbeitsgerichte sind unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig:

1. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten der Tarifvertragsparteien aus Tarifverträgen; 2. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis und aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeits- oder Lehrverhältnisses; ausgenommen sind Streitigkeiten, deren Gegenstand die Erfindung eines Arbeitnehmers bildet, und Streitigkeiten der nach § 481 des Handelsgesetzbuches zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen; 3. für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit.

§ 10. Parteifähigkeit im arbeitsgerichtlichen Verfahren sind auch wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern und die Arbeitnehmerschaft, Arbeiterschaft und Angestelltenschaft der Betriebe im Sinne des Betriebsrätegesetzes.

„Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten der Tarifparteien aus Tarifverträgen" sind u. a. auch Schadenersatzklagen aus Tarifbruch, Streiks, Boykott, Flugblattverbreitung, öffentlichen Warnungen usw., die nach geltendem Recht die Gewerkschaften bisher nicht treffen konnten, es sei denn über den Weg des § 54 BGB. Das soll nun anders werden. Die Regierung Luther-Schiele mit dem Reichsarbeitsminister Brauns weiß, was sie dem Unternehmertum schuldig ist. Sie will den Gewerkschaften die Parteifähigkeit durch das Arbeitsgerichtsgesetz zwangsweise auferlegen. Damit verbreitert sie den Unternehmern die Angriffsfläche gegen die Gewerkschaften und bringt die Richter aus der Verlegenheit, rechtlich unhaltbare Urteile abzugeben.

Aber nicht nur die Gewerkschaften, auch die Betriebsbelegschaften im ganzen, oder Gruppen derselben sollen die Rechtsfähigkeit erhalten. Das würde dem Unternehmer auch Gelegenheit geben, sich bei wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, die mit den bestehenden Gesetzen evtl. nicht in Einklang zu bringen sind, an der Betriebsbelegschaft schadlos zu halten. Das könnte endlich ein Mittel werden, sich der lästigen Betriebsräte zu entledigen.

Der Entwurf ist noch kein Gesetz, aber er könnte es in dieser Form in diesem Reichstag werden. Deshalb wird auch hier der Kongreß seine Stimme erheben und allen versteckten Knebelungsversuchen den schärfsten Kampf ansagen.

Unter diesen Umständen hat die Stellungnahme des Kongresses zu all diesen Fragen besondere Bedeutung. Es kommt aber nicht nur auf die Beschlüsse des Kongresses an, sondern auf die Durchführung. Dazu brauchen die deutschen Arbeiter starke Organisationen. Aus dieser Erkenntnis heraus erklärt sich die leidenschaftliche Debatte um die

Form der Organisation:

Berufs- oder Industrieverband. Die kürzlich veröffentlichten Richtlinien für die Industrieorganisation haben bei der Minderheit der deutschen Gewerkschaften so lebhaften Widerspruch hervorgerufen, daß ihre Erhebung zum Beschluß des Kongresses die Gefahr der Vernichtung des ADGB. bedeutet hätte. Schweren Herzens, überzeugt von der Richtigkeit ihrer Auffassung, kamen deshalb die meisten Vertreter der Mehrheit der Verbände, darunter auch die unseres Verbandes, zu einem Kompromiß, der diese Gefahr für den ADGB. beseitigt. In der letzten Bundesausschußsitzung hatte der Bundesvorstand eine Entschließung zur Organisationsfrage vorgelegt, wonach der Gewerkschaftskongreß erneut auf die Notwendigkeit hinweisen soll, daß die dem Bunde angeschlossenen verwandten Berufsorganisationen zum Zwecke möglichster Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation sich zu Industrieverbänden zusammenschließen sollen. Gemäß dieser Entschließung soll der Kongreß den Bundesvorstand beauftragen, auf Grund der neuen Satzung, die der Kongreß zu beschließen haben wird, die Industrieorganisationen nach Möglichkeit zu fördern. Die Entschließung faßt außerdem eine Reihe von Vorschriften der Bundessatzung noch einmal zusammen, durch welche die dem Bunde angeschlossenen Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der Grundsätze aufgefordert werden, die für das Vorgehen bei gemeinsamen Lohnverhandlungen maßgebend sein sollen. Endlich wird in der Entschließung betont, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industrieorganisation die stärkste Konzentration der deutschen Gewerkschaften in der Geschlossenheit und starken Macht des ADGB. zu erblicken ist.

Die Aussprache legte Zeugnis ab von dem entschiedenen Willen aller Verbandsvorstände, die Einigkeit des Bundes zu wahren und seinen Einfluß zu mehren. Nach einer gründlichen Debatte wurde die Entschließung des Bundesvorstandes mit allen gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Es ist daher eine gemeinsame Grundlage in der Organisationsfrage gefunden worden, die dem Kongreß eine Entscheidung dieser Frage erleichtern wird.

Die Punkte der Tagesordnung: Die deutsche Wirtschaft und die

Wirtschaftsdemokratie

werden dem Kongreß Gelegenheit geben, erneut den Standpunkt der Gewerkschaften zu diesen Fragen darzulegen. Die Wirtschaft ist nicht identisch mit den Industrie- und Finanzkapitänen, ihre Interessen sind nicht Wirtschafts- und Volksinteressen! Mehr wie jemals zuvor tritt die Bedeutung des toten Kapitals, das unsere „Wirtschaftsführer" in kritischer Zeit nicht zweckentsprechend anzuwenden verstanden, zurück hinter der

lebendigen Kraft der Arbeit.

Ohne gesunde Sozialpolitik, ohne entscheidende Mitwirkung der Arbeitnehmer im Produktionsprozeß überwinden wir die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung viel langsamer und schmerzhafter als mit ihnen. Hier helfen nicht Stinnes-Aktiengeschenke und kapitalistische Werksgemeinschaften, nicht Berufs- oder Industrieegoismus, sondern nur die Erkenntnis, daß die schaffende Arbeit Trägerin jedes wirklichen Fortschritts ist. Damit ist aber das Streben der Unternehmer, Vorkriegs-Sklavenzustände wieder zu erreichen, in gar keiner Weise zu vereinbaren und deshalb wird der Kongreß wie die ganze nächste Zukunft stehen im Zeichen des

Kampfes der Arbeiter um Geltung in der Wirtschaft!

Die Gewerkschaften sind entschlossen, ihrer Aufgabe als Hüter des Existenzminimums der Arbeiterschaft als Förderer ihres Kulturaufstiegs mit allen Mitteln gerecht zu bleiben.

Preissteigerungen müssen sie mit Lohnforderungen beantworten!

Das ist in den meisten Berufen schon geschehen, erbitterte Kämpfe in der Holz- und Bauindustrie, im Textilgewerbe usw. sind die Folge. Die Unternehmer sabotieren seit langem Schiedssprüche aller Art und suchen sich neuerdings ihnen durch Massenkündigungen und Aussperrungen zu entziehen.

Eine Zeit erbittertster Lohnkämpfe

steht vor uns, wenn die Regierung nicht stark genug ist, ihr Versprechen der Preissenkung wahr zu machen. Das hat auch der Zöllner Stegerwald erkannt, als er die Frage der Preissenkung als das wichtigste Tagesproblem erklärte. Das leuchtete auch der „Kölnischen Volkszeitung" ein, als sie nach dem rasch beigelegten Streik der Kölner Gemeindearbeiter schrieb:

„Wenn die Teuerung so weitergeht, so wird sie einen solchen Ansturm gegen die soeben erst beschlossenen Zollsätze herbeiführen, daß diese mindestens zum Teil wieder außer Kraft gesetzt werden müssen."

Das ist genau das, was wir Zollgegner vorher gesagt haben! In Berlin fanden in den letzten Wochen Untersuchungen und lebhafte Debatten über die sprunghafte Fleischteuerung statt. Der Handel beschuldigt sich untereinander und die Landwirtschaft, Schuld an der Teuerung zu tragen. Die Landwirte wehren sich, zum Teil mit Recht, gegen diese Vorwürfe, wenn auch in Einzelfällen wucherische Forderungen von Landwirten nachgewiesen scheinen. Aber zwischen Landwirt und Hausfrau schieben sich sechs Händlergruppen ein, die alle, und nicht wenig, verdienen wollen. So kommt es, daß der Kleinverkaufspreis, der vor dem Kriege 3,98 mal so hoch wie der Schlachtviehpreis war, heute 5,22 mal so hoch ist. Die Preisprüfungsstellen haben heute so gut wie gar keine exekutive Gewalt mehr, die Regierung will sie bald ganz aufheben und sich damit auch des letzten informatorischen Organs berauben, das sie auf diesem Gebiet noch hat.

Das Gefrierfleisch, das bei seiner guten Qualität und seinem niedrigen Preis einen wirksamen Preisregulator darstellte, soll nach den Beschlüssen der Zollwuchermehrheit dieser Wirksamkeit beraubt werden.

Man will die Preise steigern!

Das war doch der Sinn der ganzen Zollwucherkampagne und nun wundert man sich, wenn sich das Volk nicht widerstandslos zum Hungern verurteilen lassen will.

Daß es das nicht will, wird der Gewerkschaftskongreß zeigen! Der Stillstand in den Gewerkschaften ist überwunden, es geht überall vorwärts! Lauter wie je verlangt die Arbeiterschaft

Raum und Geltung in Staat und Wirtschaft,

und wenn man sie ihr verweigert, wird und muß sie sich derselben erkämpfen! In diesem Sinne:

Ein Glückauf dem Gewerkschaftskongreß!

Eine Denkschrift des Verbandes zur Lage im Bergbau.

Der Vorstand unseres Verbandes sandte an den Reichskanzler und zur Kenntnisnahme an andere Behörden, Parlamente und die Presse die folgende Antwort auf die Denkschrift der Ruhr-Bergwerksunternehmer:

Denkschrift zur Umstellung des Ruhrbergbaues.

Bochum, den 20. August 1925.

Der Verein für die bergbaulichen Interessen und der Zechenverband in Essen haben unter dem 31. Juli d. J. dem Herrn Reichskanzler eine Denkschrift zur Lage des Ruhrbergbaues unterbreitet. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands möchte nicht verfehlen, auch diesen Anlaß zu benutzen, der Reichsregierung seinen Standpunkt zur gegenwärtigen Wirtschaftslage im Ruhrbergbau vorzutragen.

Mit den Unternehmerverbänden gehen wir mit der Ansicht einig, daß die Krisenerscheinungen, von denen der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau seit geraumer Zeit heimgesucht wird, in einem **Mißverhältnis zwischen gesteigerten Produktionsmöglichkeiten und verminderter Aufnahmefähigkeit des Weltkohlenmarktes** wurzeln. Von dieser Tatsache sind alle bergbautreibenden Länder, insbesondere aber die Kohlenausfuhrländer, betroffen. Die Kraftversorgung der Weltwirtschaft hat nach dem Krieg neue und sparsamere Wege eingeschlagen, so daß im Verein mit den seit Kriegsende noch immer nicht behobenen Wirtschaftsschwierigkeiten in den weitaus meisten Ländern die Nachfrage nach Kohlen beträchtlich zurückgegangen ist. Dieser grundlegend veränderten Marktlage hat sich die internationale Kohlenwirtschaft bisher weder qualitativ noch quantitativ anzupassen verstanden.

Es entspricht ebenfalls unserer Auffassung, wenn die Unternehmer neben dem internationalen auch den **Dauercharakter** der Krise betonen und das Warten auf einen Konjunkturumschwung als einen unberechtigten Optimismus bezeichnen.

Wir unterstreichen diese Gemeinsamkeit der Beurteilung der krisenerzeugenden Ursachen, um so Anknüpfungspunkte für

gemeinsame Wege zur Abhilfe

zu gewinnen. Die Bergarbeiter und ihre organisatorischen Vertretungen haben bei der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen stets auch wahrhaft volkswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt und haben sich immer durch die Tat bereit gefunden, da, wo es sich als notwendig erwies, vielfältige Opfer für die Gesamtheit der Nation zu bringen. Es wird nicht vergessen sein, wie die durch Krieg und Nachkriegselend in ihrer Gesundheit und Leistungsmöglichkeit geschwächten Bergarbeiter durch Verfahren vertraglicher Ueberschichten zur Milderung der Kohlennot der ersten Aufbaujahre beitrugen und damit schließlich auch dem Reiche die Erfüllung der Kohlenreparationsverpflichtungen ermöglichten. In der bangen Zeit des passiven Widerstandes standen die Bergleute Rheinland-Westfalens in der vordersten Abwehrkampflinie und bewiesen auch hier Treue durch die Tat. Wenn heute das Ruhrgebiet frei von fremder Besatzung ist, so haben gerade die Bergarbeiter entscheidenden Teil an diesem Erfolge. All diese Opfer aber sollten die Bergarbeiter und ihre Organisationen hinlänglich legitimieren, auch bei den Lösungsversuchen der jetzigen Krise entscheidend, nicht bloß leidend, mitzuwirken.

Mit bitterer Enttäuschung haben wir aber feststellen müssen, daß in der Denkschrift des Zechenverbandes von solcher **Mitwirkung der Arbeiter keine Rede** ist, ja, daß die wesentlichsten imperativen Forderungen, die der Zechenverband erhebt, sich **schroff gegen das Lebensinteresse der Bergarbeiter** wenden. Zudem begründet die Denkschrift jene Forderungen mehrfach mit einseitigen Sachdarstellungen und in höchstem Maße anfechtbaren Zahlenangaben. Dazu gestatten wir uns folgendes zu bemerken:

Entwicklung seit Kriegsende.

Der Zechenverband sucht die schwierige Lage des Ruhrbergbaues durch eine Schilderung seiner **Entwicklung im ersten Halbjahr 1925** zu verdeutlichen. Dieses Beginnen muß aber zu abwegigen Schlußfolgerungen verleiten, wenn man dabei die Entwicklung der letzten Jahre außer Betracht läßt. Bekanntlich ist der Vergleich die Seele der Statistik; ohne Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre bleiben die absoluten Zahlen für 1925 inhaltlos und lassen insbesondere die Tragik nicht erkennen, die namentlich für die Bergarbeiter darin liegt, daß in dem Augenblick, wo die jahrelang erstrebte Erhöhung des Leistungseffekts und der Gesamtförderung Tatsache wurde, eben jene Tatsache Tausende und Abertausende von Knappen brotlos machte. Das in der Denkschrift Versäumte soll hier nachgeholt werden:

Entwicklung des Ruhrbergbaues.

Jahr	Kohlenförderung: Monatsdurchschnitt (in 1000 Tonnen)	Kohlenförderung: Arbeitstägl. Förderung (in 1000 Tonnen)	Arbeiterzahl: Angelegte Arbeiter (ohne Nebenbetriebe)	Arbeiterzahl: Vollarbeiter (ohne Nebenbetriebe)	Schichtförderanteil der bergmännischen Belegschaft kg.
1913	9547	379,8	372 380	374 974	924
1918	7975	317,2	403 347	-	-
1919	[illegible]	234,0	[illegible]		-
1920	7314	289,8	421 781	426 855	631
1921	7765	310,4	542 456	472 466	626
1922	7842	347,6	544 961	474 759	633
1923	3462	138,2	501 475	-	-
1924	7850	310,7	443 532	420 745	850
1925*)	9001	358,8	447 232	394 296	901
1925†)	8558	348,4	428 507	-	913

Steige Produktionsbesserung.

Diese Tabelle, die sich neben Angaben des Zechenverbandes auf amtliche Statistik stützt, zeigt die **stetig aufwärtsstrebende Entwicklung der bergbaulichen Urerzeugung.** Seit Kriegsende hat sich die **Kohlenförderung** im Vergleich **des ersten Halbjahres 1925** mit 1919 um 65 Proz. (im 1. Vierteljahr sogar um 52,5 Proz.) erhöht, ja selbst gegen 1922, mit dem die **Produktionsbesserung** infolge der Ruhrbesetzung zunächst abreißt, macht die Erhöhung 7,6 bezw. 12,6 Prozent aus. **1925 hat die bisher höchste Produktionszahl seit Kriegsausbruch zu verzeichnen,** die sogar im Januar 1925 den Friedensstand überschreitet.

Die ähnliche **Entwicklung** weist die vom Zechenverband zitierte **arbeitstägliche Förderung** auf, die aber — da es sich dabei lediglich um einen Rechnungswert handelt, dessen Bewegung von der ungleichen Länge der Kalendermonate sowie von der Anzahl der Feier- und Sonntagen [illegible] wird — für die Beurteilung nicht von größerem Belang ist.

Schichtfördererergebnis für die eigentlichen Bergarbeiter höher als im Frieden.

[illegible] des **sogenannten Schichtförderanteils**, [illegible] je **Mann und Schicht** [illegible] **Belegschaft im Mai** [illegible] **auf 97,22 Prozent an den Friedensstand** [illegible] die **Unternehmerdenkschrift**

selbst zugibt, daß er **gegenwärtig noch höher** liegen dürfte. Das ist ein Ergebnis, das vor einigen Jahren wohl kaum jemand als in so kurzer Zeit erreichbar ansehen konnte. Darin liegt der klarste Beweis, daß die Bergarbeiter unter einem durch Krieg und seine Folgen verminderten Gesundheits- und Lebensstandard ihr Bestes hergegeben haben, die Bergbauwirtschaft zu fördern. Noch günstiger ist nun noch das Leistungsergebnis der **Hauer** und **Gedingeschlepper**, jener bei der Aufschließung und Gewinnung beschäftigten Bergarbeiter im engeren Sinne, das **im Mai 1925 um 3,56 Prozent das Friedensergebnis** überschritt.

Zu einer entsprechenden Würdigung dieser Zahlen gelangt man aber erst vollends, wenn man die Bewegung der **Arbeiterzahl** in Betracht zieht. Die Zeit der **Kohlennot** brachte eine Aufblähung der Belegschaftszahl um rund 150 000 Mann. Diese Zuwanderung hört 1922 auf, seitdem sinkt die Belegschaftszahl und bleibt im Durchschnitt 1924 unter dem Stand von 1920. Dieser Vorgang vollzog sich nicht ohne Unterbrechungen, ist doch noch im 1. Vierteljahr 1925 die Zahl der angelegten Arbeiter höher als der Durchschnitt von 1924. Das 2. Vierteljahr brachte aber nun ein rapides Absinken dieser Zahl, die im Juni mit 414 038 Angelegten **nur noch um 10,06 Prozent von der Friedenszahl entfernt** ist. Der Zechenverband läßt diese wichtige Entwicklung vollständig außer Betracht, wie er überhaupt fälschlicherweise in die Zahl der angelegten Arbeiter auch die Arbeiter der Nebenbetriebe aufnimmt.

Gar keine Berücksichtigung aber hat in der genannten Denkschrift die Zahl der **Vollarbeiter** gefunden — jener Größe nämlich, die auf Grund der Schichtenberechnung die Zahl der durchschnittlich vollbeschäftigten Arbeiter angibt —, die ja für das Förderergebnis allein maßgeblich ist. Die Zahl der Vollarbeiter ist, wie unsere Tabelle zeigt, schon **im Durchschnitt 1924 um 6,5 Prozent unter den Friedensstand** gesunken, mit anderen Worten: Im Jahre 1924 waren durchschnittlich 24 229 Arbeiter weniger vollbeschäftigt als 1913, während im 1. Vierteljahr 1925 9331 Arbeiter oder 2,5 Prozent mehr vollbeschäftigt waren. Hier kommen vornehmlich die zahlreichen Feierschichten zum Ausdruck, die den Arbeitern auferlegt wurden und sie vielfach in harte Not brachten.

Im Leistungseffekt keine Hemmungen begründet.

Zusammenfassend läßt sich angesichts solcher Zahlen sagen, daß der Ruhrbergbau nicht an einer mangelnden Ergiebigkeit des Arbeitsaufwandes der Bergarbeiter krankt, daß vielmehr **von seiten des Leistungseffektes der bergmännischen Belegschaft alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Aufbesserung des Reviers als gegeben zu betrachten** sind.

Wenn trotzdem die Montankrise an Heftigkeit zunimmt, so müssen wohl neben den verschobenen Weltmarktverhältnissen noch andere Motive am Werke sein, die ein Anpassen an die veränderte Lage hintanhalten. Die Denkschrift des Vereins für die bergbaulichen Interessen glaubt solche **hemmenden Motive** in der steuerlichen Belastung, in der Tarifpolitik der Eisenbahn, in dem Wettbewerb der Braunkohle, in den sozialen Lasten, in den Arbeitskosten, in der Verkürzung der Arbeitszeit und endlich in der Daweslast zu suchen. Die dafür beigebrachten Belege sind äußerst dürftig und sagen vor allem darüber nichts aus, inwieweit diese Faktoren die notwendige Anpassung an die Marktlage verhindert haben. Immerhin möchten wir auch darüber unsere Meinung nicht vorenthalten. Was die

steuerliche Belastung

anlangt, so ist keineswegs ersichtlich, wie sich die angegebene Belastung von 1—1,30 RM. je Fördertonne errechnet. Eine Selbstkostenprüfung des **Reichswirtschaftsministeriums** stellte Ende 1924 für drei Werke, die zusammen den Durchschnitt des Reviers repräsentieren sollen, eine Steuerlast von **37 Pfennigen je Absatztonne** fest, ein Betrag, der auch in dem vom Reichskohlenrat veranlaßten Gutachten über die Preiselemente der Ruhrkohle in der Zeit vom Juli 1924 bis Januar 1925 als annähernd zutreffend erwiesen ist. Vermögens-, Obligations- und Umsatzsteuern sind in diesem Betrag nicht eingerechnet, da sie nicht als Selbstkostenbestandteile angesehen werden können. Würden aber auch diese Steuern eingerechnet, so ergibt sich nach dem genannten Gutachten, das insoweit auch von den Unternehmervertretern für richtig gehalten wurde, immer erst eine Summe von **93 Pfennigen je Absatztonne.** Zwar schwankt dieser Betrag, je nach der Höhe der örtlichen Gewerbesteuern, ohne doch ein so hohes Ausmaß, wie die Unternehmerdenkschrift vorgibt, anzunehmen. Die Gemeindegewerbesteuerzuschläge — der Zechenverband zitiert nur die höchsten des Reviers — bewegen sich von 0,9 bis zu 10 Prozent der Lohnsummen. So sehr auch wir uns dem **Verlangen nach sparsamster Inanspruchnahme der Steuerkraft des ganzen Volkes anschließen, so wenig überzeugend wirkt der Unternehmerhinweis auf die von ihnen sogenannten „inneren Sanktionen"** (15prozentige Gehaltszulage für die Kommunalbeamten, Nichteinführung der Abbauverordnung für die Gemeinden). Es würde das Gewicht ihrer Darlegungen erheblich vermehrt haben, wenn die Unternehmer zuerst das eigene Haus geordnet hätten.

Einkommen der oberen Werksbeamten.

Nach dem „Reichsbesoldungsblatt" (Nr. 3 vom 31. Jan. 1925 **verdient ein Fahrsteiger** 14—33 Proz., ein Betriebsführer 26—46 **Prozent, ein Hilfsarbeiter** eines Werkdirektors 8—29 Proz., ein **Werksdirektor** 213—253 Proz., ein Generaldirektor 347 Prozent **mehr als ein gleichgestellter Beamter** in staatlichen Diensten. **Besteht schon** zwischen den Gehältern der oberen Besoldungsgruppen nach der staatlichen Besoldungsordnung und den Löhnen **der Arbeiter** und den Gehältern der unteren Angestellten und **Beamten** ein Mißverhältnis, so kann das in den hohen Gehältern der oberen Bergwerksbeamten liegende, die Betriebskosten verteuernde Moment nicht übersehen werden. Zu deren Gehältern kommen nun noch besondere Aufwendungen, die nicht erfaßbar sind, die aber immerhin erheblich sein dürften. Die vielseitig angegriffene **Besoldungspolitik der Kommunen wird somit von den privaten Bergwerken des Ruhrgebiets bei weitem übertroffen.** Neben dem großen, gegenüber dem Frieden beträchtlich vermehrten oberen Beamtenstab der Bergwerke ist im ganzen die

Zahl der beschäftigten technischen und kaufmännischen Beamten

als unverhältnismäßig hoch zu bezeichnen, wie nachstehend ersichtlich:

	technische Beamte	kaufmännische Beamte
1913	12 302	3072
1922	19 598	8968
1924	19 408	8852
1925 (Juni)	19 148	8267
gegen 1913	155,6 Prozent	269,1 Prozent.

Vielmehr könnte man von **diesen Verhältnissen** als von „inneren Sanktionen" sprechen, die den Ruhrbergbau bedrücken.

Hinsichtlich der

Tarifpolitik der Reichsbahn

ist die Frachtenverteuerung eine beklagenswerte Tatsache. Der gewünschten Frachtenermäßigung wollen wir auch im Hinblick auf die Notlage anderer Reviere gern unsere Stimmen leihen, wie wir überhaupt für den Abbau des überhöhten allgemeinen Preisnievaus eintreten. Immerhin verhehlen wir uns nicht, daß der fühlbare Erfolg in dieser Richtung kaum zulangen würde, weitere Absatzgebiete aufzuschließen. Hingegen möchten wir in diesem Zusammenhange nachdrücklich auf die

Notwendigkeit des fertig projektierten Hansakanals

hinweisen, der eine günstige Wasserstraßenverbindung vom Ruhrgebiet nach den größten deutschen Seehäfen an der Weser und Elbe und darüber hinaus bis zu den Seehäfen der westl. Ostsee, Lübeck Kiel, eröffnen würde und damit der Ruhrkohle die nördlichen Absatzgebiete weiter erschließen könnte. Die Fracht Gelsenkirchen bis Hamburg, die vor dem Kriege 5,60 Mk. pro Tonne kostete und selbst nach dem seit Mai geltenden Küstenausnahmetarif 8,20 Mk. ausmacht, würde **über den Hansakanal zirka 3,05 Mk.** betragen. Der Bau des Hansakanals, bei dem viele Personen Beschäftigung und Verdienst finden können, der aber auch noch Oedland erschließen und zu einer Moorkultur und Siedlungspolitik beitragen kann, ist in jeder Beziehung ein wichtiges Mittel, allen am rheinisch-westfälischen Bergbau Beteiligten **nachhaltige Hilfe** zu bringen. Der Einfluß des

Wettbewerbs der Braunkohle

wird in der Denkschrift des Zechenverbandes **übertrieben** dargestellt. Der knappe Absatzradius der Braunkohle läßt ohnehin einen umfangreicheren Absatzkampf im Inland kaum zu, wie ja auch die Tatsache nicht zu verkennen ist, daß auch in den Braunkohlengebieten Schwierigkeiten vorherrschen, die in ihrer sozialen Auswirkung ähnliche, äußerst bedenkliche Erscheinungen zeitigten, wie an der Ruhr. Es verträgt sich überdies nicht mit der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Kohlenwirtschaft, den Inlandsmarkt zum Schauplatz eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfes machen zu wollen. Zu den

Ausgaben für die soziale Versicherung

ist folgendes zu sagen: Die Berechnungen der Unternehmer über die von ihnen zu leistenden Beiträge zur Sozialversicherung waren schon wiederholt Gegenstand der öffentlichen Diskussion und mehr als einmal haben amtliche Stellen Veranlassung nehmen müssen, Irrtümer und Rechenfehler der Unternehmer in Verhandlungen und auch in der Oeffentlichkeit richtigzustellen. Wir haben danach erwartet, daß sich die neuerliche Denkschrift des Bergbaulichen Vereins wenigstens der gröbsten **Unrichtigkeiten** enthalten würde. Leider ist das nicht der Fall.

Es werden da unter dem Kapitel „soziale Lasten" die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur knappschaftlichen Versicherung zusammengezogen und anteilmäßig auf eine Absatztonne, auf einen Arbeiter im Jahr und auf 100 Mk. Lohnsumme im Verhältnis zu 1913 dargestellt. Solange die Bergarbeiter den Zechenverband nicht zu ihrem Sachwalter bestellt haben, konnte dieser getrost von der Berechnung der Steigerung der Knappschaftsbeiträge der Arbeitnehmer für seine Zwecke absehen. Der Bergarbeiter zahlt bekanntlich die Knappschaftsgefälle aus seinem sauer verdienten Lohn und wenn schon die **Lohnkosten** auf die Tonne Absatz berechnet werden, so kann man nicht die in den Lohnkosten doch enthaltenen Knappschaftsgefälle der Arbeiter noch einmal als „soziale Lasten des Ruhrbergbaues" auf eine Absatztonne berechnen.

Fehlerhafte Berechnungsmethoden.

Auf diese inkorrekte Art könnten die Unternehmer auch die Verbandsbeiträge der Arbeiter und andere Ausgaben des Arbeiterhaushaltes ebenfalls anteilmäßig auf eine Absatztonne beziehen. Außerdem wäre selbst die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge auf eine Absatztonne abwegig. Der Begriff Absatztonne wird nämlich wesentlich durch den Faktor Zechenselbstverbrauch beeinflußt. Dieser soll sich nach der Denkschrift von 6 Prozent in 1913 auf 9,82 Prozent der Fördermenge (oder der Absatzmenge, was mitzuteilen unterlassen wurde) im 2. Vierteljahr 1925 erhöht haben. Das ist jedoch sehr unwahrscheinlich und auch noch niemals erwiesen — sonst müßte ja die Wärmewirtschaft, die überall Kohleneinsparungen verursachte, an dem Bergbau nicht nur spurlos vorübergegangen sein, sondern sogar noch einen Mehrverbrauch an Kohle zugelassen haben. Es ist klar, daß jede Proportion durch eine derartige Aenderung der Bezugsgrundlage sich verschiebt. Wenn man solche fragwürdigen Methoden, die bisher der exakten Statistik fremd waren, anwendet, könnte man selbst bei gleichgebliebenen Arbeitgeberbeiträgen eine Steigerung rechnerisch darstellen.

Ebenso abwegig ist die Berechnung der Summe der Unternehmer- und Arbeitgeberbeiträge auf einen Arbeiter im Jahr und ganz besonders auf 100 Mk. „Lohnsumme". So wenig die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeiter als Belastung ansprechen können, so wenig hat der Lohn eines Arbeiters auf eine verfahrene Schicht (diese Bezugnahme ist tatsächlich erfolgt!) mit den Unternehmerbeiträgen zu tun. Wenn die Denkschrift die Belastung der Arbeitgeber erkenntlich machen wollte, und das sollte doch wohl der Zweck sein, so hätte sie den Arbeitgeberbeitrag zur knappschaftlichen Versicherung richtig wie folgt angeben müssen und zwar unter der allein korrekten, in der amtlichen Statistik verwendeten Bezugnahme auf eine verfahrene Schicht. Danach betrug der **Arbeitgeberbeitrag zur knappschaftlichen Versicherung** im niederrheinisch-westfälischen Bezirk:

	1913	1925: 1. Vierteljahr
je verfahrene Schicht	0,23 Mk.	0,66 Mk.

Diese Zahlen nehmen sich **wesentlich bescheidener aus,** als die **Darstellung der Denkschrift.**

Unberechtigte Angriffe gegen die knappschaftlichen Leistungen.

Desgleichen richtet der Bergbauliche Verein eine Reihe durchaus unvertretbarer und unberechtigter **Angriffe gegen die Leistungen der knappschaftlichen Versicherung** entsprechend dem Reichsknappschaftsgesetz. Es muß auch an dieser Stelle gesagt werden, **daß die Sozialversicherung als ein außerordentlich wichtiger Produktionsfaktor** anzusehen ist, ohne den der Bergbau nicht entfernt **zu dem emporstrebenden** Arbeitsintensitätsgrade hätte gelangen **können, den wir heute zu verzeichnen haben.** Höchstleistungen sind **aber nur erzielbar, wenn der Bergarbeiter sich und seine** Familie **gegenüber den schlimmsten Notfällen des** Arbeitslebens und für **das Alter gesichert weiß.** Hat sich denn der Zechenverband noch **niemals eine Rechnung darüber aufgemacht, um wieviel der** Lohn **eines Bergmanns höher sein müßte, wenn dieser** jene unumgängliche **Notsicherung durch Rücklagen selbst beschaffen müßte,** anstelle **über den (demgegenüber auch für die Unternehmer weit** rationelleren) **Weg der Knappschaftsversicherung? Wir schweigen** von der **sittlichen Verpflichtung** gegenüber denen, die täglich Leben, Gesundheit, Familienglück in harten Bergarbeit einsetzen, wir appellieren

nur an die **geschäftliche Klugheit** der Bergwerksbesitzer. Es muß doch eine bedenkliche Sache sein, der der Bergbauliche Verein bei diesem Kapitel mit so bedenklichen statistischen Kniffen, wie wir nachwiesen, Stütze zu geben versuchen muß.

Als ein krisenverschärfendes Moment wird darauf vom Bergbaulichen Verein der

Anteil der Arbeitskosten am Erlös

hingestellt. Die dabei verwerteten Angaben — vornehmlich nur Schätzungswerte — erfordern jedoch einige Korrekturen. Die Denkschrift gibt an:

	Durchschnittserlös	Arbeitslohn einschl. Urlaubsvergtg	Arbeitgeberbeiträge z. soz. Vers.	Beamtengehälter	Arbeitskost. insgesamt	Verhältnis der Arbeitskost. z. Erlös
	je Tonne Nutzförderung in Mark					%
Juli 1925	15,00	8,92	1,06	1,07	11,05	73,67

Nach einer von Unternehmerseite des Reichskohlenrates für richtig gehaltenen Errechnungsmethode des Durchschnittserlöses, unter Benutzung der letzterhältlichen Lohnzahl des offiziellen Organs des Bergbaulichen Vereins („Glückauf" vom 30. Juli) und des von den Unternehmern nicht angezweifelten Gehaltsanteils und Anteils für Sozialversicherung der schon erwähnten Untersuchung über die Preiselemente der Ruhrkohle, ergibt sich — wenn man weiterhin alle anderen Angaben des Bergbaulichen Vereins mal als richtig unterstellt, ohne sie damit allerdings als richtig erwiesen anzusehen — folgendes Bild:

	Durchschnittserlös	Arbeitslohn einschl. Urlaubsvergtg.	Arbeitgeberbeiträge z. soz. Vers.	Beamtengehälter	Arbeitskost. insgesamt	Verhältnis der Arbeitskost. z. Erlös
	je Tonne Nutzförderung in Mark					%
Juli 1925	15,75	8,45	0,98	0,88	10,31	65,76

Nach einer anderen, bisher ebenfalls für zutreffend angesehenen Errechnungsmethode des Durchschnittserlöses, deren Ergebnisse bei einigen nachgeprüften Bergwerksgesellschaften sogar noch hinter dem erzielten Erlös zurückbleiben, verschieben sich die Relationen wie folgt:

	Durchschnittserlös	Arbeitslohn einschl. Urlaubsvergtg.	Arbeitgeberbeiträge z. soz. Vers.	Beamtengehälter	Arbeitskost. insgesamt	Verhältnis der Arbeitskost. z. Erlös
	je Tonne Nutzförderung in Mark					%
Juli 1925	16,14	8,45	0,98	0,88	10,31	63,88

Schätzungen statt Beweise.

Alle bisher bekanntgewordenen Selbstkostenberechnungen für die Gesamtheit des Ruhrbergbaues sind Hypothesen, und es muß sehr eigenartig berühren, wenn die Unternehmerdenkschrift bloße **Schätzungen** zum Anlaß nimmt, das Verhältnis der Arbeitskosten zum Erlös **bis in die zweite Dezimale** zu errechnen. Damit wird der Anschein erweckt, als ob es sich bei der recht fragwürdigen Zahlenzusammenstellung um konkrete Berechnungen handle. Wie die von uns gegebenen Beispiele zeigen, kann man **auf Grund eigener Angaben der Unternehmer auch anders rechnen** und erhält **günstigere Relationen** der Arbeitskosten zum Erlös, wobei für die übrigen Selbstkostenfaktoren Beträge von 5,41 Mk. bezw. 5,83 Mk. entgegen den geschätzten 3,95 Mk. der Denkschrift übrig bleiben. Für das dort behauptete Mißverhältnis zwischen Selbstkosten und Erlös ist somit **keinerlei Beweis** erbracht.

Notwendigkeit einer exakten Selbstkostenstatistik.

Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um der Reichsregierung nochmals dringlich nahe zu legen, für den deutschen Bergbau eine **umfassende Selbstkostenstatistik unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretern als Erhebungspersonen** aufzuziehen, damit endlich die Möglichkeit einer Irreführung der öffentlichen Meinung durch Schätzungen der Interessenten und durch unzulässige Verallgemeinerungen der Resultate von kümmerlichen Stichproben unterbunden wird. Gerade der Ruhrbergbau umgibt sich erfahrungsgemäß in kritischen Situationen mit einem Nebel von Zahlen, die sich bei näherer Analyse als jeder Beweiskraft bar herausstellen.

Schließlich führt der Bergbauliche Verein noch die

Verkürzung der Arbeitszeit

der Untertagebelegschaft ins Treffen, um eine Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit verständlich zu machen. Er bezeichnet sie u. a. als **„Vorbelastung"** gegenüber anderen Ländern. Diese **Behauptung kann nicht aufrechterhalten werden,** wenn man die entsprechenden Verhältnisse in den Wettbewerbsländern damit vergleicht:

Land (Nach amtlichen Quellen)	Schichtdauer heute	Schichtdauer v. d. Kriege	Schichtförderanteil in kg.	Schichtförderanteil in % gegen 1913
	Stunden			
Ruhrrevier (Mai 25) . .	7+1 = 8	8½	908	97,2
England (1. Viertelj. 25) .	7⅔	8½	913,38	88
Frankreich (Durchschnitt 24)	rd. 8	rd. 9	566	90,5
Belgien (1. Vierteljahr 25) .	8	9	472,66	89,5
Holland (Durchschnitt 24) . (Sonnabends nur 6 Stunden)	8	9	653	—

Von seiten der Schichtdauer wird keinerlei „Vorbelastung" erkennbar. **In keinem bergbautreibenden Lande wird die Schichtdauer von der des Ruhrgebiets übertroffen.** (Oberschlesien und Lothringen machen eine unrühmliche, unbegründete und bald zu beseitigende Ausnahme.) Was den **Schichtförderteil** angeht, so zeigt **fast ganz Europa das Ruhrgebiet die günstigste Entwicklung gegenüber 1913,** und bleibt in der Menge nur wenige Kilogramm, die inzwischen ausgeglichen sein dürften, hinter dem englischen Leistungsergebnis zurück.

Die Belastung, die der deutschen Wirtschaft durch die **Reparationspolitik** auferlegt ist, kann endlich ebenfalls nicht als eine einseitige Vorbelastung des Ruhrbergbaues betrachtet werden, tragen doch daran andere Reviere, andere Industrien, ja das ganze deutsche Volk gleich schwer. Auch kann nicht verkannt werden, daß in anderen Wettbewerbsländern manch höhere Belastung gegenüber der Friedenszeit die Entfaltung ihrer Wirtschaftskraft behindert.

Was die Unternehmerdenkschrift in so großer Breite als einer Wiedergesundung des Bergbaues entgegenstehende Momente vorbringt, erweist sich bei näherer Untersuchung, wie wir im einzelnen darlegten, als eine

Sammlung von Entschuldigungen und Beschuldigungen,

die nicht stichhaltig genug sind, den Führern des Ruhrbergbaues **die Verantwortung für die Verzögerung einer planmäßigen Umstellung** der bergbaulichen Produktion auf die grundlegend veränderte Weltkohlenlage abzunehmen. Man muß die Frage aufwerfen: **Was ist nach der positiven Seite hin geschehen, um Produktion und Absatzmöglichkeit einander anzugleichen?**

Systemlose Maßnahmen der Zechen.

Für die Beantwortung dieser Frage liefert die Denkschrift **nur recht dürftiges Material.** Förderung auf Halde, Betreibung der Ausfuhr, Einlegung von Feierschichten, Beschränkung des Abbaues auf bessere Flöze, Zusammenlegung der Betriebe, Stillegung von Betriebsteilen und schließlich auch von ganzen Anlagen werden als die Maßnahmen bezeichnet, zu denen sich die Ruhrzechen notgedrungen entschließen mußten. Wie wenig der beschrittene Weg einer passiven Konjunkturpolitik bislang zum Erfolge führte, beweist das betrübliche **Eingeständnis** der Denkschrift, daß **„zurzeit die Förderung noch beträchtlich über die Ansprüche des Marktes hinausgeht".** In der Tat liegt selbst die Fördermenge des Juni, die geringste des ersten Halbjahres 1925, **noch über dem Monatsdurchschnitt von 1924** und aller vorhergehenden Jahre seit Kriegsausbruch. Es bleibt unverständlich, warum das **Ruhrkohlensyndikat** nicht schon 1924 von seiner **Verpflichtung und Befugnis,** die **Produktion** entsprechend der Lage des Marktes **gleichmäßig zu drosseln,** Gebrauch gemacht hat.

Die Schwächung des Syndikatsgedankens,

wie sie nach dem passiven Widerstande zu beobachten war, hat den Kohlenmarkt durch das eigenmächtige Vorgehen der einzelnen Zechen und Zechenhandelsgesellschaften im Inland und im Ausland in Unordnung gebracht. Die Syndizierung vom 13. Sept. 1924 kam überhaupt nur unter behördlichem Zwange zustande. In jener Zeit wuchsen die **Haldenbestände** an, nicht so sehr infolge sozialer Erwägungen oder zur Ermöglichung einer gleichmäßigen Beschäftigung der Syndikatszechen, als **infolge fehlgegangener Erwartungen auf eine Zeit schrankenlosen Konkurrenzkampfes.** Erst seit dem neuen Vertrage vom 30. April 1925 kann man wieder von einer festeren absatzorganisatorischen Regelung im Ruhrbergbau reden, wie auch seit dieser Zeit die Lagerbestände nur unwesentlich zugenommen haben. Eine wertzehrende Haldenhäufung in diesem noch nie gekannten Ausmaße können wir weder für die Vergangenheit noch für die Zukunft als Ausfluß sorgsamer Wirtschaftsführung ansprechen. Die

Zunahme der deutschen Kohlenausfuhr,

die 1925 zu einer Aktivierung der Kohlenhandelsbilanz führte, ist einer der wenigen Lichtblicke im Dunkel unserer Wirtschaftssorgen. Soweit sich dabei eine Differenz zwischen Auslandsdurchschnittserlös und inländischem Verrechnungspreis ergab, dürfte sie dennoch nur in verschwindenden Fällen zu effektiven Verlusten der liefernden Gesellschaften geführt haben. Vor der letzten Syndizierung glich eine **Umlage** von 1,50 bezw. 1,20 Mk. den Fehlbetrag aus, während unter der jetzigen Regelung immer noch ein Teil der Kampfverluste auf breitere Schultern verteilt wird. Außerdem genügen bloß behauptete Verluste nicht zur Urteilsfindung, ihre **Nachweisung** ist dazu unumgänglich. Solange eine solche nicht erfolgt ist, liegt die Zurückgewinnung verlorener Absatzgebiete im Auslande im Rahmen auch von uns vertretener Auffassungen. **Internationale Abreden** werden sich dabei für alle am Weltkohlenmarkt Interessierte immer mehr als notwendig erweisen und zwar bei entsprechender maßgeblicher Beteiligung der Bergarbeiter an solchen Konventionen.

Entschädigungspflicht für Syndikatsmitglieder.

Die übrigen vom Zechenverband aufgeführten Maßnahmen lassen leider ein **System nicht erkennen.** Zwar hat schon der letzte Syndikatsvertrag den Grundsatz der gleichmäßigen Beschäftigung der Mitgliedsgesellschaften verlassen, jedoch nicht ohne eine **Entschädigungspflicht zugunsten der minderbeschäftigten bezw. stillgelegten Syndikatsmitglieder** zu statuieren. Wenn bei Minderbeschäftigung der Entschädigungssatz nach § 29 des Syndikatsvertrages mindestens 10 Prozent des jeweiligen Verkaufspreises für Fettförderkohlen betragen soll, so wird er bei dauernden Abstrichen von der Beteiligung bezw. bei völliger Stillegung eines Mitgliedes wesentlich höher sein. Es ist mehr als ein **Gebot der Billigkeit,** auch den von der Stillegung bezw. Einschränkung betroffenen

Arbeitern und Angestellten eine Entschädigung

zu gewähren. Wir haben diese Forderung schon mehrfach erhoben und stellen sie auch heute wieder. Richtpunkte für die Durchführung dieser Entschädigung gibt die entsprechende Regelung in der Kaliindustrie. Ueberhaupt müssen

Reich und Staat bemüht sein, Einfluß auf den Stillegungsvorgang zu erhalten.

Das Kohlenwirtschaftsgesetz bietet dazu einige nicht zu unterschätzende Handhaben. Auch auf ein weiteres möchten wir noch hinweisen. Die Reichsbank hat kürzlich über die Golddiskontbank dem Ruhrkohlensyndikat einen **Sonderkredit** eingeräumt. Wir übersehen nicht die Verpflichtung des Reiches, allen Gliedern und Mitgliedern der Wirtschaft nach Kräften zu helfen, doch möchten wir anregen, künftig Hilfen nur an solche bergbaulichen Unternehmen zu gewähren, die sich vertraglich verpflichten, **einem von einem sachverständigen Gremium aufgestellten**

Umstellungsprogramm

Folge zu geben. Dieses Umstellungsprogramm, zu dem die Unternehmer von sich aus offenbar nicht gelangen können, ganz abgesehen von den in diesem Falle zu befürchtenden privatwirtschaftlichen Einseitigkeiten, muß in umfassendster Weise **die Wirtschaftlichkeit nicht nur der Einzelbetriebe, sondern des gesamten Ruhrbergbaues als wirtschaftspolitische Einheit zum Ziele** haben. Eine **schnelle Initiative** in dieser Richtung tut not. Lenken wir den Umstellungsprozeß nicht bald in wirtschaftspolitisch zweckmäßige und sozialpolitisch erträgliche Bahnen, so wird das Ruhrgebiet abermals zu einer gefährdeten Provinz werden, die unter der Wucht der zu befürchtenden sozialen Entladungen niederbrechen wird. Die

Möglichkeiten für eine erhebliche Steigerung

der Wirtschaftlichkeit des Ruhrbergbaues sind **noch längst nicht erschöpft,** ja, bedauerlicherweise von den Verantwortlichen noch nicht mal erkannt. Die Angaben der Unternehmerdenkschrift über die Mechanisierung des Bergbaues besagen im Grunde recht wenig, auch erstrecken sie sich nur auf einen Bruchteil der Gesellschaften. Auf diesem Gebiete dürfte noch vieles nachzuholen sein, werden doch beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika rund 70 Prozent der Gesamtförderung durch Maschinenbenutzung gewonnen. Wir möchten hierbei die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf einige Auslassungen bergmännischer **Sachverständiger** lenken, die reiche, aber dabei nicht etwa kostspielige **Ersparnismöglichkeiten** im Grubenbetrieb aufzeigen, wovon **Selbstkostensenkungen bis zu 20 Prozent und noch mehr** zu erwarten sind:

Bergassessor Dr. ing. K. Sieben, im „Glückauf" (Essen) vom 20. September 1923;

derselbe in „Technik und Wirtschaft" (Berlin), Heft 3, März 1925;

Bergassessor Dr. Matthias in „Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" (Essen) v. 28. Mai 24.

Solche beachtlichen Hinweise finden sich in der neueren Literatur noch mehr. Hier ist ein weites Feld, das bislang so gut wie unbeackert blieb. Neben dem **Techniker** wird aber auch der **Kohlenchemiker** (Kohlenverflüssigung), der **Arbeitswissenschafter** und der praktische **Volkswirt** dem Bergbau in seinen Nöten vieles nützen können. Es ist tief zu beklagen, daß solche Gedanken in der Denkschrift der Unternehmer weder Berücksichtigung noch gar eine Erwähnung gefunden haben.

Mit einer in ihrer Unbefangenheit und ihren Widersprüchen geradezu beleidigenden Gedankenführung bezeichnet sie stattdessen eine

Verlängerung der Schichtzeit

als „wichtigstes Mittel, den im raschen Fortschritt befindlichen Stillegungsprozeß aufzuhalten und die Belebung des deutschen Marktes herbeizuführen." Wir haben eingangs unserer Darlegungen zahlenmäßig nachgewiesen, daß **von seiten des Leistungseffektes der bergmännischen Belegschaft alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Aufbesserung des Reviers** als gegeben zu betrachten sind. Wir müssen vielmehr der Befürchtung Ausdruck geben, daß bei dem bestehenden **Mißverhältnis zwischen Schichtförderanteil- und Reallohnentwicklung** die **Optimalarbeitszeit** (also die nach jeder Richtung günstigste) **heute schon als überschritten anzusehen** ist. Während der Schichtförderanteil der Gruppe der eigentlichen Bergarbeiter im 1. Vierteljahr 1925 102,28 Prozent der Vorkriegszahl erreicht und diese somit überschritten hat, macht ihr Reallohn (Barverdienst : Lebenshaltungsindex) lediglich 85,67 Prozent des Friedensstandes (1913) aus. Eine

Kürzung des Reallohnes

aber, die durch die ohnehin schon vorhandene und nach Inkrafttreten der Zollnovelle noch wesentlich sich verschärfenden **Teuerungstendenzen** weiter eintreten wird, falls der von uns erstrebte Ausgleich nicht zum Ziele führen sollte, bedeutet unter den gegebenen Umständen eine

Kürzung des Leistungsvermögens

der Bergarbeiter.

Wir richten diese ernste **Warnung** auch an die **Schlichtungsbehörden,** die vielfach der kurzsichtigen, weil im Effekt wirtschaftsfeindlichen Lohnpolitik der Unternehmer zum Durchbruch verhalfen. Die Angriffe, die trotzdem die Zechendenkschrift gegen das gesetzlich geregelte Schlichtungsverfahren richten zu müssen glaubt, stellen ein

Musterbeispiel unsachlicher Interessenvertretung

dar. Seit Einleitung der Währungsstabilisierung sind sämtliche für den Ruhrbergbau ergangene Schiedssprüche in der Arbeitszeitfrage von den Arbeitern abgelehnt, dagegen in zwei von fünf Fällen von den Unternehmern angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt worden. Die übrigen Sprüche wurden entgegen der Ablehnung der Arbeiter von Amts wegen für verbindlich erklärt. Während in der Arbeitszeitfrage zwei Vereinbarungen der Parteien zustande kamen, wurde die Lohnfrage seit Ausgang 1923 ausschließlich durch Schiedssprüche geregelt. Von diesen brachten deren drei Lohnherabsetzungen und zwar um 15 Prozent, um 10 Prozent und um 5—8 Prozent. Angenommen wurden von den Unternehmern drei Sprüche, von den Arbeitern vier. In sechs von zehn Fällen erfolgte die Verbindlichkeitserklärung von Amts wegen, davon dreimal entgegen der Ablehnung der Arbeiter. Die Denkschrift der Unternehmer diskreditiert also ein System, dessen sie sich sehr wohl zu ihren Gunsten zu bedienen wußten. Wenn die Unternehmer, wie sie ja in der Denkschrift deutlich zu erkennen geben, **Streitfragen** zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in gemeinsamen Verhandlungen der beiden Parteien ihre Lösung nicht finden, **nicht mehr durch das Schlichtungsverfahren entscheiden lassen wollen,** so wollen auch wir keinen Zweifel darüber lassen, daß uns solche Ansagen eines offenen Kampfes nicht davon abhalten werden, **das Wohl der Bergarbeiterschaft mit aller Kraft zu wahren.** Wir suchen nicht, wie es die Unternehmer offenbar tun, den Austrag wirtschaftlicher Differenzen in Formen, die zu den schwersten Erschütterungen des gesamten deutschen Wirtschaftslebens führen können, wir fürchten ihn aber auch nicht, wenn er uns durch Willkür der Bergwerksunternehmer in der Lohn- wie auch in der Arbeitszeitregelung aufgezwungen werden sollte.

✡

Zusammenfassung.

Abschließend gestatten wir uns festzustellen, daß die **Hilfsmaßnahmen,** die die Denkschrift der beiden Unternehmerverbände des Ruhrbergbaues beim Reichswirtschaftsministerium anregt, in **keiner Weise die erforderliche Anpassung unseres Bergbaues an den für dauernd verknappten Weltkohlenbedarf erwarten lassen.** Der geforderte **Abbau der Sozialversicherung,** die ferner geforderte **Verlängerung der Arbeitszeit** und die **Beseitigung des Schlichtungsverfahrens** werden von uns **mit aller Entschiedenheit abgelehnt,** wie wir uns insbesondere einer **Arbeitszeitverlängerung mit allen Mitteln widersetzen** werden.

✡

Vorschläge des Bergarbeiterverbandes.

Wir regen demgegenüber an:

Ein sachverständiges Gremium mit der **Aufstellung eines Umstellungsprogramms für den gesamten Kohlenbergbau** zu beauftragen, das eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Bergbaues in wissenschaftlicher, technischer und organisatorischer Hinsicht zum Ziele hat. Auf dieses Programm ist der Bergbau entweder **gesetzlich** oder **vertraglich** (bei Gewährung von Kredithilfen usw.) **zu verpflichten.**

Den von der Stillegung und Einschränkung betroffenen **Arbeitern** und **Angestellten** wird nach dem Vorgange der Kaliindustrie eine durch Umlage auf die dadurch günstiger gestellten Unternehmen aufzubringende **Entschädigung** gewährt.

Für den gesamten Bergbau wird alsbald **unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretern als Erhebungspersonen eine umfassende Selbstkostenstatistik** eingerichtet und der Oeffentlichkeit auszugsweise zugänglich gemacht.

Die durch Bau des im Projekt fertig vorliegenden **Hansakanals** zu ermöglichende Wasserstraßenverbindung vom Ruhrgebiet nach den größten deutschen Seehäfen wird umgehend unter Hinzuziehung von Mitteln der produktiven Erwerbslosenunterstützung in Angriff genommen.

Die **Ueberführung der durch Stillegungen und Einschränkung freiwerdenden Arbeitskräfte** in andere Berufe und Wirtschaftsgebiete ist **planmäßig** zu betreiben, wobei auch der Ausbau und die Schaffung neuer Verkehrswege im Ruhrbezirk Arbeitsmöglichkeiten erschließen könnte.

Zur Erhaltung der Leistungsmöglichkeit der Bergarbeiter in der Zeit anziehender Teuerung sind die ausgleichenden Bemühungen ihrer organisatorischen Vertretungen wirksam zu unterstützen.

Mit hochachtungsvollem Glückauf!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Der Vorstand: Fr. Husemann.

Der Kampf der Unternehmer gegen Lohnerhöhungen.

Gescheiterte Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau. — Sie erkennen die Notwendigkeit gesteigerten Reallohnes an und versprechen Preissenkung.

Bei den am 17. August in Essen zwischen den Tarifparteien stattgefundenen Verhandlungen über eine Erhöhung der derzeitigen Löhne wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Vertreter des Zechenverbandes erklärten, daß sie eine Erhöhung der Löhne auf Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der finanziellen Lage der Zechen ablehnen müssen. Die Bergarbeiterverbände haben zur Entscheidung der Streitfrage den Reichs- und Staatskommissar Mehlich angerufen.

Am 19. August wurde in der Streitigkeit vom Schlichter folgender Schiedsspruch gefällt:

Die Lohnordnung vom 22. April 1925 wird vom 1. September 1925 an mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß sie erstmalig zum 31. Oktober 1925 gekündigt werden kann. Erklärungsfrist bis 26. August 1925.

Begründung: Die Gewerkschaften haben die Lohnordnung gekündigt und eine 15prozentige Erhöhung der Löhne gefordert. Der Zechenverband verlangt die Einführung von Spannungslöhnen und die stärkere Hervorhebung des Leistungsprinzips. Diesen Anträgen konnte im Augenblick nicht entsprochen werden. Zwar bewegen sich die Löhne im Ruhrbergbau um etwa 10 Prozent unter dem realen Friedenslohn. Eine Erhöhung war deshalb sowohl aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht. Sie müßte aber infolge mangelnder Rentabilität der Werke zu Preiserhöhungen führen, die den ohnehin schlechten Absatz der Kohle zum mindesten im Auslande und in den umstrittenen innerdeutschen Absatzgebieten weiter vermindern würde. Die dadurch eintretende Zunahme der Feierschichten bedeutet aber für die Arbeiter trotz Lohnerhöhungen einen Verlust an Arbeitslohn, für die Werke eine Steigerung der Selbstkosten und damit den Fortbestand einer unsicheren Geschäftsgrundlage.

Außerdem besteht die Gefahr, daß Stillegungen von Bergwerken in unerwünschten Ausmaßen erfolgen. Es liegt zwar im Interesse aller im Bergbau Beschäftigten, daß eine Angleichung der Förderung an den Verbrauch vorgenommen und damit eine rationellere Gestaltung der Kohlenwirtschaft erreicht wird. Sie muß aber besonders auch für die Arbeiterschaft zu bedenklichen Folgen führen, wenn zuvor eine Einschränkung des Absatzes in die Wege geleitet wird. Im übrigen ist diese Angleichung in der Entwicklung begriffen und läßt die Hoffnung zu, daß die wirtschaftlichen Grundlagen des Bergbaues wieder gesunder werden. Diese Entwicklung darf durch eine Erhöhung der Selbstkosten nicht gestört werden, weshalb es im Interesse der beiden Teile wichtiger erschien, unter Ablehnung aller Anträge es noch zwei weitere Monate bei dem bisherigen Lohn zu belassen.

✡ ✡

Dieser Schiedsspruch ist eine unragbare Zumutung an die Bergarbeiter. Sie stehen sich nicht nur um 10 Prozent, sondern bei den steigenden Preisen der letzten Wochen und noch mehr bei den zu erwartenden ständigen Preissteigerungen um viel mehr schlechter als im Frieden, trotzdem ihre Arbeit das Friedensergebnis erreicht und überschritten hat. Eine Vertagung der Lohnerhöhung bis zum 1. November ist deshalb glatt unmöglich!

Wir verstehen die Zwangslage, in der sich heute besonders im Ruhrgebiet ein staatlicher Schlichter befindet. Wir halten trotzdem seinen Spruch für unhaltbar und seine Begründung nicht für stichhaltig. Einklang der Löhne mit den Preisen **braucht** nicht zu weiteren Stillegungen führen! Entscheidend für die Produktionssteigerung ist letzten Endes doch auch die seelische Verfassung, die Arbeitsfreudigkeit des Bergmanns. Wo soll sie herkommen, wenn sein Reallohn sich ständig verschlechtert und seine Sorgen immer ärger werden?

Ob mehr Lohn in Mark und Pfennig oder gesteigerte Kaufkraft des Lohnes durch Preisabbau, ist gleich. Letzteres wäre sogar vorzuziehen. Aber wo bleibt der Preisabbau?

Die Gewerkschaften müssen bei der gegenwärtigen und zu erwartenden Preissteigerung Lohnerhöhungen fordern. Die Unternehmer weisen sie auf der ganzen Linie zurück. Daß sie damit nicht weiterkommen, sehen sie selbst ein. Die Vorstände des Reichsverbandes der Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hatten deshalb am 21. August eine Besprechung in Berlin, an der Reichs- und Länderregierungen, Reichseisenbahnverwaltung und Reichsbankdirektorium teilnahmen.

Das Ergebnis der Aussprache war recht mager. Der Reichskanzler hat am 8. August Märchen von der notwendigen Preissenkung erzählt. Dann sind die Preise ständig gestiegen, für Eisen wie für alle Lebensmittel. Jetzt wollen die Unternehmer die Regierung in ihren Maßnahmen bezüglich der Preisgestaltung unterstützen, damit die Senkung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent in den Preisen zur Auswirkung komme. Kartelle seien notwendig, aber sie müßten sich den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft anpassen. Die Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher müsse erreicht werden.

„Eine allgemeine Lohnsteigerung würde jeden Versuch eines Preisabbaues von vornherein zum Scheitern verurteilen. Die Erkenntnis muß Allgemeingut werden, daß ein **gesteigerter Reallohn** durch Produktionsverbilligung und Preissenkung wertvoller ist als weitere nominelle Lohnerhöhungen."

Das ist des Pudels Kern: Keine Lohnsteigerungen! Dabei haben wir Industrien, in denen der Lohn nur wenige Prozent vom Kleinverkaufspreis ausmacht. Aber die Herren schlagen sich selbst! „Ein gesteigerter Reallohn" durch andere Mittel ist wertvoller als „nominelle Lohnerhöhungen". Einverstanden! **Her mit dem gesteigerten Reallohn durch Produktionsverbilligung und Preisabbau!** Es kommt dem Arbeiter wahrlich nicht darauf an, daß er recht viele Markscheine in seiner Lohntüte hat, sondern darauf, daß er für seinen Lohn wenigstens das kaufen kann, was er zum Leben braucht.

Wir glauben aber nicht an den Willen und die Macht der Unternehmer und der Regierung, die Preise fühlbar zu senken. Im Gegenteil: die Preise sollen doch steigen, das war doch der Sinn der Zöllnerpolitik! **Deshalb müssen die Arbeiter mit allen Mitteln um die** (in der Konferenz indirekt als berechtigt anerkannten) **Steigerung des Reallohnes kämpfen!**

Vor der Front der Hungernden wird und muß die Reaktion in Unternehmertum und Regierung weichen!

Der Wirtschaftsdiktatorich.

Herr Heinrichsbauer sendet uns zu unserem Leitartikel in Nr. 40 eine Erklärung, die wir unten folgen lassen. Wir hatten bezweifelt, daß seine Behauptung über die angebliche Aeußerung eines Gewerkschaftsführers richtig sei. Darüber hinaus bezeichneten wir die allgemeine Form der Behauptung als eine wenig anständige Verdächtigung aller Gewerkschaften. Herr H. bemerkt dazu in seinem Schreiben:

„Zu Ihrer Aufforderung habe ich zunächst zu erklären, daß ich absichtlich den Namen des betreffenden Gewerkschaftsführers nicht genannt habe, um ihn wegen dieses unglaublichen Ausspruches nicht der öffentlichen Blamage preiszugeben. Da Sie mich aber in dieser beleidigenden Form zur Namensnennung auffordern, trage ich jetzt keine Bedenken mehr, zu erklären, daß es sich bei dieser Bemerkung um den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Herrn Wolf, handelt, der in einer Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft (Tarifgemeinschaft) der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie am Dienstag, den 27. Nov. 1923, wörtlich erklärt hat, daß „die Arbeiter lieber im Ausland 9 und 10 Stunden, als für die deutschen Unternehmer 8¼ Stunden arbeiten würden". Diese Aeußerung ist keineswegs nebenher als unwesentliche Nebenbemerkung gefallen, so daß sie unter Umständen als sprachliche Entgleisung charakterisiert werden könnte, ist vielmehr gewissermaßen als Abschlußerklärung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiterschaft anläßlich der damaligen Verhandlungen über die Verlängerung der Arbeitszeit in der Eisenindustrie getan worden; ihr kommt also grundsätzliche Bedeutung zu. Herr Wolf hat nachträglich versucht, die Richtigkeit dieser Aeußerung zu bestreiten; es haben sie aber so viele Zeugen gehört, daß an ihrer Richtigkeit irgend ein Zweifel nicht möglich ist."

Kollege Wolf, von uns befragt, erklärt zu dieser Behauptung des Herrn Heinrichsbauer:

„Es handelte sich damals nicht nur um die Frage der Arbeitszeit, sondern auch um den Lohn und die ganze Behandlung der Arbeiter. Mit Bezug darauf erklärte ich: „Wenn die Arbeitgeber so fortfahren, dann werden sie erreichen, daß die Arbeiter auswandern, wenn sie hier nicht mehr existieren können und dann werden die Arbeiter im Ausland vielleicht lieber längere Arbeitszeit hinnehmen, als hier bei verlängerter Arbeitszeit hungern."

Von unserer Kennzeichnung der Verallgemeinerung, die sich Herr H. erlaubte, haben wir nichts zurückzunehmen. Aber weil wir schon mal bei Herrn Heinrichsbauer vom schwerindustriellen Wirtschaftsdienst sind, wollen wir auch einen Nasenstüber wiedergeben, den die „Kölnische Volkszeitung", das Zentrumsblatt, dem Herrn verabreicht. Unter der Ueberschrift: „Wirtschaftsdiktatur?" wendet sich B. in Nr. 615 vom 21. August in einem von der Redaktion ohne Einschränkung wiedergegebenen, hervorragend plazierten Artikel gegen die Idee von Heinrichsbauer. Er sagt zu seinem Gedanken von der Wirtschaftsdiktatur:

„Der Gedanke ist schon um deswillen grundfalsch, weil Maßnahmen **nur für Deutschland** gefordert werden gegenüber einer Krise, die sich auf **ganz Europa** erstreckt. Er ist aber **vor allem ein Anschlag auf die Verfassung des Deutschen Reiches**, sofern er dahin zielt, ein einseitiges Machtverhältnis im Gegensatz zu den verfassungsmäßigen Faktoren zu schaffen. Ganz offen wird in einem Blatte, das der rheinisch-westfälischen Großindustrie nahesteht, in einem Artikel, der auf starke Beeinflussung von dieser Seite her schließen läßt, „eine Art Wirtschaftsdiktatur" gefordert, „die ohne Rücksicht auf das Parlament und vielleicht auch sogar gegen das Parlament das tut, was die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebieten." Die **Gefährlichkeit eines solchen Spiels mit dem Feuer** müßte jedem einleuchten. Solche Forderungen kennzeichnen **Abgründe staatspolitischer Voraussetzungslosigkeit**, die gerade von der Seite, von der sie erhoben werden, um so weniger vermutet werden möchten, als diese noch nicht ganz die schweren Kämpfe vergessen haben sollte, die sich auch in Deutschland unter dem Schlagwort der „Diktatur des Proletariats" abspielten. Das Gesetz vom Gleichgewicht der Kräfte wird niemals und von keiner Seite her ungestraft verletzt werden können. Daß man glaubt, mit verfassungswidrigen Machtmitteln wie dem vorgeschlagenen die Wirtschaft eines Kulturstaates regeln und zur Gesundung bringen zu können, ist ein verhängnisvoller Irrtum und offenbart eine **überraschende Unkenntnis** von den mannigfaltigen geistigen und seelischen Kräften, die die erste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg eines Volkes sind. Die Kreise, die heute diese Forderung erheben, sind übrigens im wesentlichen dieselben, die den Abbau der Zwangswirtschaft, weil diese mit der wirtschaftlichen Freiheit unvereinbar sei, stürmisch forderten. Wie die Fesseln der Zwangswirtschaft mit der wirtschaftlichen Freiheit und dem gesunden Staatsgedanken auf die Dauer sich als untragbar erwiesen, genau so verhält es sich mit den entgegengesetzten Fesseln, die man von der Wirtschaft her dem Staate aufzwingen will. Gerade in der **Einseitigkeit** der Forderung des hier in Betracht kommenden Teiles der Wirtschaft, in der **vollständigen Verkennung der großen Zusammenhänge**, in der **Doktor-Eisenbart-Stimmung**, die die Forderung zur Schau trägt, finden wir den stärksten Beweis dafür, daß die Urheber dieses Machtanspruches **vollständig ungeeignet** wären, das Machtinstrument, das sie verlangen, irgendwie klug zu handhaben. Sie sagen nun freilich nicht, wer eigentlich der Träger der neuen Diktatur sein soll. Daß sich keine Reichsregierung zu **solch wahnwitzigem Beginnen** hergeben würde, ist klar. **Dann würden also nur die betreffenden Schwerindustriellen selbst übrig bleiben...** Man darf aber bei Behebung einer Wirtschaftskrise nicht alles Heil vom Staate erwarten. Die **„Führung" fehlt der Wirtschaft nicht nur von der Politik her, sie fehlt ihr mindestens ebensosehr in den eigenen Reihen und auf ihrem ureigensten Schaffensgebiet...**

Man muß auch den **Zeitpunkt** betrachten, zu dem der Gedanke der Wirtschaftsdiktatur in die Oeffentlichkeit geworfen wird. Soeben ist die **Zollnovelle** verabschiedet worden, **deren wirtschaftliche Auswirkungen erst abzuwarten sind**, die aber unter dem Gesichtspunkte, der Wirtschaft zu helfen, **schwere Lasten den breiten Massen des Volkes auferlegt.** Diese Lasten konnten nur verantwortet werden, indem man gewisse Erleichterungen, wie die Ermäßigung der Umsatzsteuer, einführte, und in der bestimmten Erwartung, daß der neue Zolltarif die Wege ebnen werde für eine Gesundung der Wirtschaft, die auch den unteren Volksschichten auf die Dauer die Lebensführung erleichtern wird. Die **Löhne und Gehälter** entsprechen ferner in den meisten Fällen **bei weitem nicht den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen. Weite Kreise der Bevölkerung sind arbeitslos geworden durch Maßnahmen der Industrie, von denen keineswegs feststeht, daß sie gerade den höchsten Gipfel wirtschaftlicher Weisheit und Führerklugheit darstellen.** Wir wissen, daß es auch einsichtige Großindustrielle gibt, die angesichts dieses unglücklichen Schreies nach der „Wirtschaftsdiktatur" sagen werden: Herr, rette uns vor unseren Freunden! Offenbart doch diese Forderung aufs neue, wie **weltfremd** Männer, in deren Händen zweifellos ein großer Teil des Schicksals der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Volkes liegt, dem praktischen Leben gegenüberstehen, soweit es sich außerhalb der Fabriktore abspielt. Schon werden von gewisser Arbeitnehmerseite neue Forderungen einer Art von Sozialisierung erhoben, die aus den zahlreichen Stillegungen und dem dabei beliebten Verfahren, das vielfach den Eindruck einer privaten Wirtschaftsdiktatur

Die Verbandsbildung in der Eisenindustrie.

Ueber den Stand der Kartellierungen in der Eisenindustrie gibt ein Fachmann in der „Frankfurter Zeitung" folgende zusammenfassende Darstellung:

Das heutige Roheisensyndikat in Essen besteht seit 1911. Es umfaßt die gesamte deutsche Produktion von Gießereiroheisen. Der erste Vorläufer dieses Syndikats war das 1879 in Luxemburg gegründete „Lothringisch-Luxemburgische Comptoir für den Verkauf von Roheisen". Der Vertrieb für Deutschland lag seit 1886 in den Händen von vier Händlerfirmen, welches Abkommen sich im Jahre 1908 auflöste. Zwischenzeitlich war auch das „Rheinisch-Westfälische Roheisensyndikat" erstanden, welches ebenfalls im Jahre 1908 der Auflösung anheimfiel. Für Thomasroheisen, das zur Herstellung von Walzfabrikaten benötigt wird, vollzieht sich der Verkauf von Hütte zu Hütte (ohne Syndikat und ohne Handel). Das Essener Roheisensyndikat verschleißt durch verpflichtete Händler; die Abnehmer sind ein- und zugeteilt. Der Konsum ist nicht verpflichtet, ausschließlich Syndikatsmaterial zu verarbeiten, so daß an frachtgünstigen Plätzen ausländisches Roheisen (man hört zurzeit Essen sogar von indischem Roheisen) auch zur Verarbeitung kommt.

Für Halbzeug (Rohblöcke, vorgewalzte Blöcke, Knüppel und Platinen) wurde 1885 eine Halbzeugkonvention gebildet, der alle dieses Material herstellenden Werke angehörten und die sich verpflichteten, die von dieser Konvention festgesetzten Verkaufspreise nicht zu unterschreiten. Aus dieser Preiskonvention entstand der Halbzeugverband, der im Jahre 1901 bei Gründung des Stahlwerksverbandes in diesem aufging. Der alte Stahlwerksverband, dem bekanntlich alle deutschen Werke einschließlich Luxemburg angehörten und der sich bald nach Kriegsausgang auflösen mußte, umfaßte den Verschleiß von Halbzeug, Oberbaumaterial und Formeisen. In seiner alten Form war er nicht mehr aufzurichten; doch es hat den Anschein, daß er in absehbarer Zeit in neuer und sehr erweiterter Form wiedererstanden sein wird. Um die Werksbesitzer diesem Gedanken allmählich wieder näherzubringen, wurde im vorigen Jahre zunächst die Rohstahlgemeinschaft ins Leben gerufen. Diese Rohstahlgemeinschaft regelt ausschließlich die Produktion jedes einzelnen Mitgliedes auf Grund der einzelnen Beteiligungsziffern, die nach langwierigen Verhandlungen zur Aufnahme gelangten. Die Rohstahlgemeinschaft hat mit Verkauf und Preisbildung absolut nichts zu tun, jeder Produzent ist in der Lage, frei zu verkaufen, so lange er eben einem Verbande nicht beigetreten ist. Zunächst leitete die Rohstahlgemeinschaft die alten Stahlwerks-A-Produkte, also Halbzeug, Oberbaumaterial und Formeisen in den vor kurzem gegründeten A-Produktenverband. Für Halbzeug wurden bestimmte Bedingungen über Selbstverbrauch und Weiterverkauf, sowie Ausnahmen bei allgemeinen, prozentualen Betriebseinschränkungen oder -Erhöhungen getroffen. Oberbaumaterial (Schienen usw.) umfaßt den alten ursprünglichen Schienenverband, dem in absehbarer Zeit internationale Abmachungen folgen werden. Formeisen ist in ganz ähnlicher Weise wie im alten Stahlwerksverband syndiziert. Die erste Preiskonvention für Formeisen entstand im vorletzten Dezennium des vorigen Jahrhunderts. Im letzten Dezennium entstand der süddeutsche Trägerverband (zuerst Sitz Saarbrücken, dann Wiesbaden), ihm folgte der rheinisch-westfälische Trägerverband. 1901 entstand der deutsche Trägerverband, welcher 1904 im damals gegründeten Stahlwerksverband aufging. Für Walzdraht besteht der

feinerung (gezogene, geglühte, verzinkte Drähte und Drahtstiften) bestand vor dem Kriege ebenfalls ein stramm organisiertes Verkaufssyndikat. Es sind Bestrebungen im Gange, auch dieses Syndikat wieder aufzurichten. Ob dies bei der großen Zahl von Herstellern und der Vielseitigkeit der Interessen gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Der alte Stahlwerksverband hatte wohl für die A-Produkte — also heute der A-Produkten-Verband — die Kontrolle für Preise und Herstellung. Für die B-Produkte des alten Stahlwerksverbandes (Stabeisen, Bleche, Röhren und Drähte) hatte er weder Kontrolle noch Festsetzung der Preise, jedoch vertragsgemäß die Hersteller der Menge nach kontrolliert. Diese Kontrolle für alle Produkte (A und B) ist heute Aufgabe der Rohstahlgemeinschaft. Für die Syndizierung der B-Produkte herrschte vor dem Kriege wenig Neigung, speziell für Stabeisen. Bis heute ist ein Stabeisensyndikat noch nie geworden. Frühere — mehrere Jahrzehnte zurückliegende — Preiskonventionen sind meistens nach verhältnismäßig kurzer Zeit aufgeflogen, da die Form eine zu lose war. Die jetzigen Bestrebungen zur Syndizierung von Stabeisen scheinen allem Anschein nach zum Erfolg zu führen; ist doch die vor einigen Tagen gemeldete Gründung eines Bandeisenverbandes (warmgewalztes Bandeisen) als ein erstes Vorzeichen anzusehen. Wie ebenfalls gemeldet, soll eine Zusammenfassung der Kaltwalzwerke (kaltgewalztes und gezogenes Bandeisen) folgen. Das Stabeisensyndikat wird werden, wenn zunächst eine Einigung mit den Saarwerken erzielt ist. Der Zusammenschluß der Grobblechhersteller (Grobbleche von 5 mm und stärker) ist eine Kriegsgeburt. Im Januar 1915 erfolgte eine Preisverständigung der Grobblechwalzwerke, der im Dezember 1915 die Grobblechvereinigung folgte. In Essen bestand für den Verkauf von Schiffsbaumaterial das Schiffsbaustahlkontor, das die Organisation des Grobblechverkaufs bis zu seinem Eingang vor einigen Jahren übernahm. Der jetzt in Bildung begriffene Grobblechverband will unter der Aegide der Rohstahlgemeinschaft und unter den Fittichen des neuen Stahlwerksverbandes in Kürze seine Tätigkeit in Düsseldorf aufnehmen. Vor über zwei Dezennien bestand in Köln der Feinblech-Verband, der mit Ausnahme der damals deutschen Firma Fois de Wendel & Co. in Hayingen fast sämtliche deutschen Walzwerke umfaßte, die Schwarzbleche von 4,9 mm und darunter herstellten. Nach verhältnismäßig kurzer Dauer blieb vom Feinblechverband nur die noch jetzt bestehende Schwarzblech-Vereinigung G. m. b. H. in Köln bestehen. Ein Torso; die Vereinigung verschleißt die Produktion von kaum einem halben Dutzend Feinblechherstellern. Es ist bei der derzeitigen Lage selbstverständlich, daß auch ein Feinblechsyndikat mit dazu beitragen soll, die derzeitigen Nöte zu beheben. Bei diesem Produkt sind die Interessen am verschiedenartigsten gegenüber allen anderen Walzwerkprodukten und die Anzahl der Interessenten nicht gerade klein. Es wird aber versichert, daß bei allen Beteiligten der ernstliche Wille des Zustandekommens vorhanden sei. Wie erinnerlich, ist der erste Verband, der nach der Gründung der Rohstahlgemeinschaft zustande kam, das Röhrensyndikat (verzinkte und schwarze Röhren, Siederöhren usw.). Es scheint fast Ironie des Schicksals zu sein, daß eine Produktengruppe, die in Vorkriegszeit sich jahrzehntelang wiederholt in langen Arbeiten und Abmühungen stets vergeblich oder nur für Augenblicksdauer zu einem Syndikat zusammenfand, jetzt das erste ziemlich straff organisierte Syndikat auf die Dauer von sieben Jahren schafft.

hervorruft, hergeleitet werden. Daß das heute wieder möglich ist, nachdem lange Zeit kein Sozialist mehr gewagt hatte, das Wort Sozialisierung auch nur in den Mund zu nehmen, verdankt die Wirtschaft Männern von der Art, die ausgerechnet in diesem Augenblick es für angebracht halten, den Ruf nach der Wirtschaftsdiktatur erschallen zu lassen."

Diese Abfuhr ist um so bemerkenswerter, da man annehmen darf, daß sie nicht nur eine Stimme in der „Kölnischen Volkszeitung" darstellt.

Die Ausschlachtung des Stinneskonzerns.

Aktien für die Arbeiter.

Die Liquidation des Stinneskonzerns wirkt sich auf die ganze Wirtschaft in nachhaltigster Weise aus. Die Börse antwortete auf die Stützungsaktion, den Streit zwischen den Banken, Vögler und Dr. Edmund Stinnes mit erheblichen Kursrückgängen von Montanwerten. Edmund Stinnes wird hart bedrängt, Herauszahlungen auf die ihm im Mai überlassenen Werte zu machen. A la Hugo Stinnes scheint die Gegenseite dabei alle Mittel zu benützen, um Edmund Stinnes klein zu kriegen. Die Großbanken verweigern ihm den Kredit, so daß er Mitte August die Löhne für die Arbeiter der Aga nur in Raten zahlen konnte.

In diesem Moment kam Dr. Stinnes mit dem überraschenden Angbot an den Betriebsrat der Aga, er wolle den Arbeitern der Aga zwei Millionen Mark Aktien schenken!

Daß der Betriebsrat und die Belegschaft dies Geschenk nicht sofort freudestrahlend annahmen, ist erklärlich. Stinnes selbst hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß er diesen Weg gewählt habe, weil er hoffte, leichter Kredite bekommen zu können, wenn die Arbeiter der Aga in großem Umfang Aktionär der Gesellschaft seien. Das Unternehmen hat aber große Schulden. Sie sollen 12 Millionen Mark betragen, während die Waren, Vorräte und Außenstände nur 9¼ Millionen, die kurzfristigen Schulden allein 7 Millionen ausmachen sollen.

Die Arbeiterschaft müßte sich bei Annahme des Millionengeschenks darüber klar werden, ob Dr. Stinnes noch das Recht hat, Millionen zu verschenken und ob die Geschenknehmer nicht nach wenigen Tagen sich einer Arrestverfügung gegenübersehen würden. Dr. Stinnes soll etwa 65 Prozent der Aktien der Aga besitzen, die Hälfte wäre also ein Anteil, dessen Vertretung ausschlaggebenden Einfluß in der Gesellschaft nicht ausüben könnte. Es käme weiter darauf an, welche Aussichten das Unternehmen überhaupt hat, Kredite zu bekommen und so erhalten werden zu können. Die Fabrik befindet sich seit längerer Zeit in einem Umstellungsprozeß, der aber noch in den Anfängen steckt und zu dessen Durchführung viel Geld notwendig ist. Die Fabrik hat bisher ca. 500 Wagen pro Monat fabriziert. Sie stellt nur ein einziges Auto her, das als offener oder geschlossener Personenwagen oder als Lieferwagen geliefert wird zu einem Preis von etwa 7500 Mk. Die Fabrik sollte auf die „fliegende Fabrikation" nach amerikanischem Muster umgestellt werden, d. h. der Arbeitsvorgang soll in möglichst viele Teiloperationen zerlegt werden. Das Arbeitsmaterial wird dabei den einzelnen Maschinen und Arbeitern auf einem Transportband zugeführt, auf die Sekunde muß das Stück abgenommen und die betreffende Teilarbeit verrichtet sein, sonst stockt der ganze Betrieb.

Ob diese Fabrikationsmethode in Deutschland zu ertragen ist, scheint noch keineswegs sicher, da sie den Arbeiter in denkbar höchstem Maße zur Maschine macht.

Daß das Geschenk für die Arbeiter ein Danaergeschenk sein würde, scheint aus der Wut hervorzugehen, mit der die „Rhein.-Westf. Ztg." über den „Vorwärts" herfiel, der den Arbeitern Vorsicht anriet, da es sich hier augenscheinlich um einen bedenklichen Plan einer „Werksgemeinschaft" handle.

Die „Rhein.-Westf. Ztg." schimpft: „Diese gewundene Erklärung ist aber das offene Eingeständnis, daß es der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eben nur um den Klassenkampf zu tun ist und daß ihnen jede friedliche Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unwillkommen ist, wenn sie nicht auf dem Boden des gewerkschaftlichen Klassenkampfes erreicht wird, sondern durch ein Entgegenkommen des Arbeitgebers. Der „Vorwärts" wird sich auch gefallen lassen müssen, daß aus seinem Verhalten die weitere Folgerung gezogen wird, daß er das von der Sozialdemokratie gestützte internationale Börsenkapital gegen das Industriekapital gestützt wissen will."

Ein „Sozialisierungswerk", wie es hier vorliege, werde nicht gewünscht und den Arbeitern soll der Geschmack an einer Werksgemeinschaft verdorben werden, die nicht im Interesse und Sinn der erstrebten Diktatur des Proletariats sei.

Wenn die „Rhein.-Westf. Ztg." den Aga-Arbeitern rät, das „Sozialisierungsgeschenk" anzunehmen, dann sollen sie es sich natürlich doppelt und dreifach überlegen! Warum ist überhaupt die „Rhein.-Westf. Ztg." auf einmal eine Freundin der „Sozialisierung", des Miteigentums der Arbeiter? Würde sie es auch sein, wenn es sich um einen gesunden, kräftigen, sicher stehenden Betrieb handelte? Warum tritt sie nicht dafür ein, daß von einem solchen Betrieb ein großes Aktienpaket den betr. Arbeitern angeboten wird?

Die Fragen stellen, heißt sie beantworten. Die „Rhein.-Westf. Ztg." ist für alle Maßnahmen, die durch Aufpeitschung des Egoismus die Arbeiterschaft schwächen könnte. So muß man auch ihre Stellung zu diesem Geschenk betrachten.

Die Diskussion über den Stinnesausverkauf können wir hier nicht im einzelnen verfolgen. Edmund Stinnes betrachtet den Kampf gegen das Stützungskomitee als einen Kampf der Industrie- gegen das Bankkapital und wird darin von der „Rhein.-Westf. Ztg." mehr lebhaft als klug unterstützt. In der Inflationszeit hat die Industrie die Banken auf dem Kreditweg gründlich ausgenommen; jetzt, in der Zeit der Geldstabilität, sind die Banken die Stärkeren und schreiben „Verdienen" groß. Aber Dr. Stinnes hat nicht nur den Direktor Goldschmidt von der Darmstädter Bank gegen sich, sondern auch Silverberg und Vögler, die Freunde seines Vaters.

Die Banken verlangen, daß Dr. Stinnes von dem, was er im Mai bekommen, wieder herausrückt, weil er mit schuld sei an der Vergrößerung der Schulden des Konzerns um etwa 100 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen des Konzerns schätzte Goldschmidt auf 200—220 Millionen, die Schulden auf 170. Heute glaubt Goldschmidt, daß die Vermögenswerte des Konzerns genügen, um alle Schulden zu decken, d. h. es würde für die Familie Stinnes nichts übrig bleiben!

So vergeht die Herrlichkeit der Inflationswelt, sie frißt nicht nur die Inflationsvermögen, sondern auch das Vorkriegsvermögen von 100 Millionen auf!

Ueber die Annahme der Aga-Aktien durch die Arbeiterschaft verlautete bis Redaktionsschluß nichts. Die Sache dürfte aber wohl erledigt sein, da die Aga sich unter Geschäftsaufsicht begab und die Schulden nicht mit 3 Millionen, wie Dr. Stinnes angab, sondern mit 9 Millionen gegenüber 9 Millionen Vermögenswerten angegeben werden.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Weh' uns, wir haben gesiegt.

Bei den Zolldebatten haben alle bürgerlichen Parteien, auch die Arbeitervertreter des Zentrums, die sozialdemokratischen Warnungen in den Wind geschlagen. Kaum sind die Zölle angenommen, so kommen Stegerwald, dem Hauptakteur für die Einigung der Zollreaktion, schon die schwersten Bedenken. Wir haben oft auf die unberechtigte Preisspanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen hingewiesen. Wir sind überzeugt, daß trotz des Versprechens des Reichskanzlers, die Preise zu senken, dies nicht geschehen wird. Das fürchtet auch Stegerwald. Er sprach kürzlich in Köln bei der Tagung des christlichen Holzarbeiterverbandes. Er beschäftigte sich insbesondere mit den zahlreichen Klagen von Unternehmerseite über die Höhe der Löhne und der Soziallasten. Stegerwald bemerkte, daß es falsch sei, Löhne und Soziallasten getrennt zu betrachten, beide gehörten zusammen. Aber beim Zusammenrechnen von Löhnen und Soziallasten bliebe der Lohnanteil an der Erzeugung in Deutschland doch noch erheblich zurück hinter dem in Amerika und auch noch hinter dem in England. Auch bleibe dabei zu beachten, was für die Ausgaben an Löhnen und Soziallasten geleistet werde. Hier bliebe festzustellen, daß die Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters in keinem Lande Europas und in Nordamerika nur dank der dort herrschenden technischen Ueberlegenheit der Werke übertroffen werde. Die Spanne zwischen Erzeugungs- und Verbraucherkreisen entwickele sich allmählich zum Kardinalproblem des deutschen Wiederaufbaues. Wenn die Dinge so weitertrieben, wie in den letzten Wochen, dann könnten die Steuergesetze nicht bringen, was man erwartet, dann könnten weder die Zölle aufrechterhalten, noch die Währung gehalten werden. Dann trieben wir wieder einem allgemeinen Zusammenbruch entgegen. Das müsse unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb richte er einen ernsten Appell an die Adresse des Reichskanzlers, in dieses Wespennest einzugreifen.

Also genau das, was wir vorher hundertmal feststellten, sieht jetzt auch Stegerwald ein. Aber Luther wird die Preise nicht senken! Dann wird das eintreten, was wir den Bürgerlichen im Parlament oft auseinandersetzten: Die Reallöhne sinken, Wirtschaftskämpfe sind die Folge, Steuer„reform" und Zolltarif sind nicht zu halten. Aber warum nicht vorher durch vernünftige Politik eine solche Entwicklung verhüten?

Auswanderungsziffern.

Ueber das höchst wichtige soziale Problem der Auswanderung gibt Wl. Wojtynski in seinem lehrreichen Buche: „Die Welt in Zahlen" sehr bemerkenswerte Aufschlüsse, in denen es u. a. heißt: In der dem Weltkriege verangegangenen Periode nahm die Auswanderung aus Europa außerordentlich zu; sie erreichte die Zahl von etwa 2 Millionen Menschen jährlich. Besonders schwoll die Auswanderung aus Italien und Oesterreich-Ungarn an. Sie steigerte sich z. B. in Italien von 280 000 im Jahre 1901 auf 560 000 im Jahre 1913, und in Oesterreich-Ungarn in derselben Zeit von 136 000 auf 314 000. Dagegen verringerte sich die Auswanderung aus Großbritanien (von 395 000 im Jahre 1907 auf 389 000 im Jahre 1914) und aus Deutschland, welches eine Zeit stürmischer industrieller Entwicklung durchlebte (von 32 000 im Jahre 1907 auf 26 000 im Jahre 1913), während in dieser Periode eine Massenabwanderung aus Rußland einsetzte, die sich von 57 000 im Jahre 1901 auf 209 000 im Jahre 1913 erhöhte. Es wanderten hier hauptsächlich jüdische Handwerker aus, die es in der Atmosphäre der Rechtlosigkeit und der religiös-nationalen Verfolgungen nicht mehr aushalten konnten. Im Laufe von 13 Jahren zogen aus Rußland 1 300 000 Menschen fort, in welcher Zahl Hunderttausende von Familien, die sich in verschiedenen Ländern von Westeuropa niedergelassen haben, noch nicht mitenthalten sind. In der Nachkriegszeit (bis 1922) steht das Jahr 1922 mit seinen Zahlen an der Spitze (Großbritannien 285 000, Italien 211 000 und Spanien 175 000); nur aus Deutschland steigerte sich die Zahl von 8000 (1920) in den folgenden beiden Jahren auf 23 000 und 37 000. Das Hauptziel der Auswanderer waren auch in dieser Periode (1901—1922), wie zuvor die Vereinigten Staaten von Amerika, die über 15 Millionen aufnahmen, unter ihnen zunächst Kanada, dem über 3,6 Mill. Fremde zuströmten.

Die Kriegsschulden der Alliierten.

Diese Schulden sind für den deutschen Arbeiter, für Deutschland überhaupt, nicht so gleichgültig, wie mancher glaubt. Einmal entspringt aus diesen Schulden eine Unsicherheit der Entwicklung in den betreffenden Ländern und je schwieriger sich die Schuldabwicklung gestaltet, um so gefährlicher wird die Stimmung gegen Deutschland, an das man Forderungen hat. Eine Entspannung in der internationalen Schuldenfrage liegt also sicherlich auch im Interesse Deutschlands.

Die unmittelbaren Kriegskosten schätzt Hugo F. Simon in seinem Buch: „Reparation und Wiederaufbau", auf 102,9 Milliarden für die Mittelmächte, auf 235,7 Milliarden für die Entente. **Für 338 Milliarden Mark wurde danach zerstört oder in unproduktiver Arbeit vergeudet!**

Dabei gibt es noch Hakenkreuzler, die nach einem neuen Krieg schreien!

England hat 27¼ Milliarden Kriegsschulden und 49 Milliarden Kriegsforderungen, Frankreich 29½ Milliarden Schulden und 14½ Milliarden Forderungen, Belgien hat 5,1 Milliarden Kriegsschulden, Italien 19,9, Rußland 24 Milliarden. Die Vereinigten Staaten haben 49 Milliarden Forderungen bei 11,8 Milliarden Verpflichtungen. England hat an Amerika 19,5 Milliarden, Frankreich an Amerika 16,7, Italien an Amerika 8,4 Milliarden zu zahlen. Für die erheblich geringeren Schulden Belgiens an Amerika ist kürzlich eine Vereinbarung über Verzinsung und Rückzahlung innerhalb 62 Jahren erfolgt. Frankreich hat weiter an England 12,3 Milliarden und Italien an England 10,7 Milliarden zu zahlen.

Von einer wirklich vernünftigen internationalen Schuldenregelung, die in weitgehendem Erlaß von Schulden und Reparationsverpflichtungen bestehen müßte, sind wir noch weit entfernt.

Jouhaux über den Wiederaufbau in Frankreich mit deutschen Arbeitern.

Der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, veröffentlicht im „Quotidien", jedenfalls im Zusammenhang mit der bevorstehenden Neuorganisation der Sachlieferungen, einen Artikel über die Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Er zählt die verschiedenen Besprechungen und Abmachungen mit den deutschen Gewerkschaften auf, die seit 1919 erfolgt sind, ohne auf die Gründe ihres Scheiterns einzugehen, und erklärt dann weiter, daß die französische Arbeiterklasse bereit sei, an der Ausführung dieser Abmachungen mitzuarbeiten unter dem Vorbehalt, daß die Sachlieferungen nicht die Quelle kapitalistischen Gewinnes darstellen und den französischen Arbeitern keine Konkurrenz gemacht wird. Die Bedingungen der französischen Arbeiter seien diese: Verständigung mit den deutschen Arbeiterorganisationen. Die deutschen Arbeiter dürfen nur zu Arbeiten für die französische Verwaltung herangezogen werden. Die hygienischen Sicherheits- und Arbeitsverhältnisse, die sozialen, materiellen und moralischen Garantien dürfen in keinem Falle denen der französischen Arbeiter nachstehen. Die deutschen Arbeiter müssen mindestens den ortsüblichen Lohn erhalten. Die Arbeitszeit soll 8 Stunden betragen. Die deutschen Arbeiter sollen in vollem Umfange das Gewerkschaftsrecht innerhalb der französischen Organisation ihrer Industrie genießen. Die Delegierten der Arbeiterverbände müssen an der Kontrolle der Arbeitsbedingungen, Wohnungsverhältnisse usw. beteiligt sein. — Jouhaux bemerkt, daß alle Bedingungen den Grundsätzen des Teiles III des Versailler Vertrages entsprechen, und er spricht die Hoffnung aus, daß eine Zusammenarbeit zustande komme, und daß sie „zugleich mit den Ruinen den noch immer fortbestehenden Haß und die Feinseligkeiten beseitigt".

Deutsche und schweizerische Soziallasten.

Eine hübsche Illustration zu dem Geschrei unserer Unternehmer über die Soziallasten liefert die „Soziale Praxis". Sie bringt auf Grund der Feststellungen der schweizerischen Unternehmer einen Vergleich zwischen den deutschen und schweizerischen Soziallasten. Sind auch die Angaben mit Rücksicht auf ihre Herkunft nur mit größter Vorsicht aufzunehmen, so sind sie dennoch interessant genug, um wiedergegeben zu werden. Die soziale Belastung betrug in Deutschland nach amtlichen Angaben, die vor einiger Zeit im „Reichsarbeitsblatt" veröffentlicht wurden, für die Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung im Jahre 1921: 1290 Mill. Mark gegenüber 1102 Mill. Mk. im Jahre 1913. Da die schweizerische Bevölkerung nur ein Sechzehntel der deutschen ausmacht, würde eine der deutschen entsprechende Sozialbelastung in der Schweiz nur 100 Mill. Franken beanspruchen. Demgegenüber kostete die schweizerische Unfallversicherung allein im Jahre 1923: 46,5 Mill. Fr. (Betriebs- und Nichtbetriebsunfälle zusammengerechnet), die Alters- und Hinterbliebenenversorgung wird bei Zugrundelegung von 400 Fr. Jahresrente 108 Mill. beanspruchen, für die vorgesehene Kranken- und Mutterschaftsversicherung würden 100 Mill. jährlich in Aussicht genommen. Diese drei Versicherungen würden demnach, ohne die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, 250 Mill. kosten. Das ist im Verhältnis weit mehr, als die Versicherungen in Deutschland kosten.

Bei der Unfallversicherung würde sich nach den Angaben der schweizerischen Unternehmer folgendes Verhältnis ergeben: Auf 1000 Mk. Lohnsumme kamen in Deutschland im Jahre 1921: 8,5—9,5 Mk. Kosten (1913: 13—14 Mk.). In der Schweiz entfielen dagegen auf 1000 Fr. Lohnsumme 1918: 33, 1923: 27,5 Fr., wobei die Beiträge des Bundes zu den Verwaltungskosten und dem Reservefonds nicht eingerechnet sind.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Französisches Einfuhrverbot für deutsche Kohlen.

Frankreich ist trotz der Eingliederung des Saargebiets und der vollen Inbetriebnahme seiner eigenen Kohlenproduktion ein ausgesprochenes Kohleneinfuhrland. Die französische Einfuhr von Kohle im ersten Halbjahr 19125 betrug annähernd 9 Millionen Tonnen. Als Hauptbezugsländer kommen Deutschland und England in Frage. Einen nicht unerheblichen Teil des französischen Einfuhrbedarfs nehmen die Reparationskohlenlieferungen ein. Daneben betätigte sich der freie deutsche Kohlenhandel in Frankreich in rühriger Weise.

Die französische Regierung hat nunmehr ein Einfuhrverbot für deutsche Kohlen erlassen. In Kommentaren, die sie zu dieser Maßnahme durch die Presse verbreiten ließ, wird allerdings erklärt, daß Einfuhrbewilligungen für deutsche Kohle allen französischen Firmen jederzeit erteilt werden sollen, wenn der Betrag nicht mehr direkt an den deutschen Verkäufer, sondern der französischen Regierungskasse zur Verrechnung auf Reparationskonto überwiesen wird. Eine Begründung dieses eigenartigen Vorgehens ist schwer zu finden. Ein führendes französisches Industrieblatt, „Usine", das die Interessen der weiterverarbeitenden Industrien vertritt, behauptet, daß das Verbot erfolgt sei, weil deutsche Zechen versucht hätten, durch Angebot auf dem freien Markt ihre Produkte zu Preisen abzusetzen, die mehr als 5 Mk. pro Tonne unter dem Preis lagen, den sich die französische Regierung für Reparationskohlen zu zahlen verpflichtet hat. Die französische Regierung erblickt hierin eine Durchkreuzung der Bestimmungen des Dawesplanes und will dem durch das Einfuhrverbot begegnen. Dazu ist zu sagen, daß auch in Deutschland ähnliche Bestimmungen bestehen. Es kommt kein Doppelzentner Kohle ohne die Genehmigung des Reichskohlenkommissars ins Land hinein. Nur bezieht sich das deutsche Einfuhrverbot auf alle Staaten. Das französische Abkommen jedoch wendet sich einseitig nur gegen Deutschland. Die Maßnahme der französischen Regierung ist ein Schritt, der gewiß nicht dazu angetan ist, eine friedliche Atmosphäre in der Handelspolitik mit Frankreich zu schaffen, zumal das Vorgehen der französischen Regierung bei den zurzeit schwebenden Handelsvertragsverhandlungen als ein unfreundlicher Akt gewertet werden muß.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Welcher Betrag kann vom Arbeitslohn gepfändet werden?

1. Dreißig Mark wöchentlich und ein Drittel des Mehrverdienstes müssen dem Schuldner belassen werden, wenn er keine Angehörigen zu unterhalten hat.

Beispiel: Verdienst 39 Mk. wöchentlich.
Freigrenze 30 + ⅓ von 9 = 3,00 = 33,00 Mk.
Der Pfändung unterliegen 39 — 33,00 = 6,00 Mk.

2. Dreißig Mark wöchentlich und die Hälfte des Mehrverdienstes müssen dem Schuldner verbleiben, wenn er einem Angehörigen (Ehegatten, geschiedenen Ehegatten, Kind, Eltern oder uneheliches Kind) Unterhalt zu gewähren hat. Bis zu zwei Drittel unterliegt der Pfändung von dem, was über 100 Mk. wöchentlich verdient wird.

Beispiel: Verdienst 45 Mk. wöchentlich.
Freigrenze 30 + ½ von 15 = 7,50 = 37,50 Mk.
Der Pfändung unterliegen 45 — 37,50 = 7,50 Mk.

3. Dreißig Mark wöchentlich und zwei Drittel des Mehrverdienstes verbleiben dem Schuldner, wenn er zwei Angehörigen Unterhalt zu gewähren hat. Bis zu zwei Drittel unterliegt der Pfändung von dem, was über 100 Mk. wöchentlich verdient wird.

Beispiel A: Verdienst 42 Mk. wöchentlich.
Freigrenze 30 + ⅔ von 12 = 8,00 = 38,00 Mk.
Der Pfändung unterliegen 42 — 38,00 = 4,00 Mk.

Beispiel B: Verdienst 100 Mk. wöchentlich.
Freigrenze 30 + ⅔ von 70 = 46,67 Mk. 76,67 Mk.
Freigrenze ⅓ von 20 (über 100 Mk. Verdienst) = 6,67 Mk.
Zusammen 83,34 Mk.
Der Pfändung unterliegen: 100 — 76,67 = 23,33 Mk.
und ⅔ von 20 ((über 100 Mk. Verdienst) = 13,33 Mk.
Zusammen 36,66 Mk.

4. Der Lohn ist jedoch in voller Höhe der Pfändung unterworfen für Unterhaltsbeiträge an Verwandte (siehe unter 2.) und für Steuern.

Für Unterhaltsbeiträge (uneheliche Kinder, siehe unter 5.) unterliegt der volle Lohn der Pfändung nur für die Ansprüche, die nach Erhebung der Klage und für das der Erhebung der Klage vorausgehende Vierteljahr geltend gemacht werden.

Für Steuern darf der Lohn in voller Höhe gepfändet werden, soweit diese nicht länger als ein Vierteljahr fällig sind.

5. Die Freigrenze von 30 Mk. wöchentlich kommt jedoch nicht in Frage, wenn Unterhaltsbeiträge für ein uneheliches Kind zu zahlen sind. Der volle Lohn kann aber auch hier nicht gepfändet werden, es muß dem Schuldner von seinem Verdienst so viel belassen werden, als er zur Bestreitung seines notdürftigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder früheren Ehefrau gegenüber obliegenden Unterhaltspflicht bedarf.

Der Jungkamerad

Tage der arbeitenden Jugend.

Das außergewöhnliche Leben, das sich vom 6. bis 9. August in der stolzen Handelsstadt und Hochburg der Arbeiterbewegung, Hamburg, abspielte, wird für die arbeitende Jugend Deutschlands und darüber hinaus gewissermaßen für die schaffende Jugend der internationalen Welt von der größten Bedeutung bleiben. Bekundeten doch eine Reihe Veranstaltungen teils für die Jugend, teils von der Jugend geleitet, daß die deutsche Arbeiterbewegung in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht einen hoffnungsvollen Stützpunkt in unserer Jugend finden wird. Allein schon das äußere Leben und Treiben, wie es sich in diesen Tagen in den Straßen Hamburgs äußerte, mußte auch dem schärfsten Gegner bewußt werden lassen, daß sich hier Kräfte zeigen, deren Wollen in dem gesellschaftlichen Leben der Zukunft eine große Rolle spielen wird. Selbst der größte Skeptiker mußte empfinden, daß in der schaffenden Jugend Deutschlands ein starker Lebens- und Kulturwillen lebt. Nur schade, daß dieses Erlebnis nur Zehntausenden und nicht der gesamten deutschen Arbeiterjugend zuteil werden konnte.

Die beiden ersten Tage wirkten allerdings weniger nach außen, sondern waren ernster geistiger Arbeit für besseren Jugendschutz und zeitgemäßes Jugendrecht gewidmet. Unsere

3. Gewerkschaftsjugendkonferenz,

die sich mit diesen Fragen zu befassen hatte, leistete hierin eine wertvolle Arbeit. Referate und Aussprachen gaben in zwei Tagen einen übersichtlichen Blick über die gegenwärtige rechtliche und wirtschaftliche Lage unserer Jugend und über unsere Stellungnahme als Gewerkschaften dazu. Der Rückblick auf den Stand der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in den letzten drei Jahren mußte naturgemäß auch die Begleiterscheinungen und Folgen der Geldentwertung berücksichtigen. Wenn durch diese Umstände bedingt auch nicht von einer stetig aufsteigenden Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Jugend gesprochen werden konnte, so zeigte sich doch, daß die Rückschläge der Inflation zum größten Teile überwunden sind und wir mit zuversichtlicher Hoffnung unserer zukünftigen Arbeit entgegenschauen können. —

Die beiden folgenden Tage brachten gemeinsam mit der sozialistischen Arbeiterjugend des Reiches gewaltige Kundgebungen für besseren Jugendschutz. Aus allen Teilen des Reiches brachten Extrazüge viele Tausende von Teilnehmern, die sich zu imposanten Kundgebungen und Demonstrationen bereitfanden. Auch Delegationen aus Oesterreich, aus der Tschechoslowakei, aus Polen, Schweden und Dänemark fehlten nicht. Die Art des Auftretens und das gesamte Wesen unserer Arbeiterjugend mußte auf jeden einen tiefen Eindruck machen. Der Gesamteindruck für jeden Teilnehmer dürfte deshalb die Erkenntnis und Ueberzeugung vertieft haben: Die deutsche sowie die internationale Arbeiterbewegung der Zukunft kann und wird nicht untergehen, sondern ihre geschichtliche Mission erfüllen und trotz aller Widerstände erfolgreich ihren Weg weitergehen bis zum Endziel, welches gipfelt in dem Wort — Sozialismus.

✡ ✡

Die Einleitung zur Gewerkschafts-Jugendkonferenz, zu der 190 Delegierte und einige Gäste erschienen, bildete die am 5. Aug. veranstaltete

Begrüßungsfeier.

Nicht ohne Staunen betraten wir dabei den Musiksaal des stolzen Gewerkschaftshauses — einen schönen Saal mit grünem Schmuck. Die bemalten Fenster zeigen Sinnbilder der einzelnen Berufe. An der einen Seite des Saales befindet sich eine Ausstellung. Jungzimmerer, Buchdrucker-, Maler- und Angestelltenjugend geben einige sinnvolle Proben ihres technischen Könnens und ihres gewerkschaftlichen Wollens durch Bilder und handwerkliche Erzeugnisse. Auch liegen die Jugendzeitschriften (gesammelt in verschiedenen Jahrgängen) auf. Auch unser „Jungborn" und einzelne Schriften unserer Bergarbeiterjugend älteren Datums sind mir dabei. Besonders interessant erscheinen die ausgestellten Reklamezirkulare für Lehrfilmvorträge, die vom freigewerkschaftlichen Jugendausschuß Hamburg veranstaltet wurden. Die Begrüßungsfeier bringt dann unter Mitwirkung des Barmbeker Jugendchores und der Angestelltenjugend Lieder- und Musikvorträge, Volkstänze und Rezitationen. Das Gebotene war ein einfacher, würdiger Empfang.

Nach einer kurzen Eröffnung am anderen Morgen und nach Erledigung einiger parlamentarischer Formalitäten ergreift der Kollege Raschke als Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes das Wort über

Unsere Jugendarbeit

seit dem Leipziger Kongreß 1922. Von den Ausführungen erscheint folgendes bemerkenswert: Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß unsere Jugend mit der gesamten Arbeiterschaft in engster Schicksalsgemeinschaft steht. Arbeitszeitverlängerung, Lohndrückung und dergleichen Maßnahmen wirken in gleichem Maße für die jungen Arbeiter wie für die älteren ein. Das gleiche trifft auch auf die Organisationsentwicklung zu. Auch hierin ist unsere Jugendarbeit nicht von Rückschlägen verschont geblieben. Doch befinden wir uns gegenwärtig wieder im Aufstieg. Das beweisen besonders zahlenmäßig die erscheinenden Jugendzeitungen. Während durch die Inflation fast sämtliche Jugendzeitungen eingingen, haben wir heute wieder neun selbständige freigewerkschaftliche Jugendzeitungen und sieben Verbände, die Jugendbeilagen in ihrem Hauptorgan herausgeben. Jugendliche Mitglieder zählen wir heute 250 000 und ca. 1200 Jugendabteilungen.

Die örtlichen Jugendkartelle, die die gesamte freiorganisierte Jugend zu bildenden Zwecken zusammenfassen sollen, befriedigen nicht ganz in ihrer Arbeit. Erhebliche Schwierigkeiten verursacht hierbei oft die politische Erziehungsarbeit der Jugend. Trotzdem muß unsere gewerkschaftliche Erziehungsarbeit beibehalten werden, da die politischen Vereinigungen unsere gewerkschaftlichen Aufgaben nicht lösen können. Dieses Problem kann gelöst werden, wenn die Arbeitsgebiete abgegrenzt werden. Auch hat es sich gezeigt, daß ein harmonisches Zusammenarbeiten mit der sozialistischen Arbeiterjugend ganz gut möglich ist, während das der kommunistischen Jugend gegenüber in keiner Weise der Fall ist.

Bezüglich des Jugendschutzes ist festzustellen, daß von gesetzlicher Seite aus in den letzten drei Jahren keine nennenswerten Aenderungen eingetreten sind. Der schon vor Jahren behandelte und eingereichte Jugendschutzgesetzentwurf liegt immer noch unerledigt bei den Ministerien, trotzdem sich auch der Bund der deutschen Jugendausschüsse für unsere Forderungen in bezug auf Arbeitszeit und Urlaub eingesetzt hat. Demzufolge war die Besserung der rechtlichen und wirtschaftlichen Lage unserer Jugend vollkommen der tariflichen Regelung der Gewerkschaften überlassen. In einzelnen Berufen konnten dabei wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Bezeichnend ist besonders das Verhalten der deutschen Unternehmer in dieser Frage, die eine tarifliche Regelung für jugendliche Lehrlinge durch die Gewerkschaften nicht angewandt sehen wollen. Auch das Bestreben, den Unterricht der Fortbildungsschulen in die Abendstunden zu verlegen. Diesen rückschrittlichen Tendenzen gilt selbstverständlich unser schärfster Kampf.

Fortschrittlich bezüglich Jugendschutz ist man bisher nur in Oesterreich, in Polen und der Tschechoslowakei gewesen. In Oesterreich erhalten die jugendlichen Lehrlinge jährlich bis zu vier Wochen Urlaub. Um eine wirkliche Erholung in der Urlaubszeit zu garantieren, sind Lehrlingsheime eingerichtet, die teils von den Ortskrankenkassen, teils vom Staat und den Unternehmern unterhalten werden. (Es erhielten nach amtlichen Feststellungen seit 1918: 35 009 Lerlinge 974 492 Urlaubstage. D. Red.)

So zeigen uns die ganzen Verhältnisse in Deutschland, daß ein wirksamer Erfolg nur durch starke Gewerkschaften zu erzielen ist. Im Hinblick auf die verflossene Zeit mit all ihren Begleiterscheinungen können wir mit dem Stand unserer Jugendarbeit zufrieden sein, d. h. soweit wir überhaupt zufrieden sein dürfen. Was aber die Regelung besserer Arbeitsverhältnisse für unsere Jugend anbetrifft, bleibt noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, das nur erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn die Gewerkschaftsorganisationen genügend gestärkt werden.

Die Aussprache über diesen Punkt brachte eine längere Debatte, die sich besonders mit Fragen beschäftigte, die zu einem besseren Ausbau unserer Jugendarbeit hinführen sollen. Auch an eingehender Kritik fehlte es nicht. Es wurde besonders verlangt, daß zur besseren einheitlichen Durchführung gewerkschaftlicher Jugendarbeit ein Mitteilungsblatt für unsere Funktionäre herauskommen müßte. Eine diesbezügliche Entschließung an den Bundesvorstand fand einstimmige Annahme. Ein weiterer Antrag zwecks besserem Ausbau ging dahin, daß bei der Jugendzentrale in Berlin ein Beirat gebildet werden soll, der sich periodisch zusammenfinden soll, um alle Fragen der Jugendarbeit zu besprechen. Da eine Einigung über die Organisationsform dieses Beirates nicht zu erzielen war und eine ähnliche Institution schon besteht, konnte eine präzise Feststellung in dieser Art noch nicht erfolgen. Die Besprechungen sollen weitergeführt werden.

Ueber das Verhältnis und die Art des Zusammenarbeitens mit Jugend oder Sportvereinen wurde eine Entschließung angenommen, die betont, daß die jeweilige Regelung der örtlichen Lage überlassen bleiben müsse. Bemerkenswert ist ferner folgende Entschließung als Appell an den Bundesvorstand:

„Die Konferenz hält es für erforderlich, erneut zu betonen, daß eine gründliche Bildungsarbeit an der heranwachsenden Jugend eine Notwendigkeit für diese selbst und ebenso für die Gewerkschaftsbewegung ist. Zu ihrer Förderung muß zentral und örtlich mehr als bisher getan werden.

Vom Jugendsekretariat des ADGB. wird erwartet, daß es den örtlichen Jugendkartellen mit Anregungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Seite steht. Die Schulung der Jugendleiter muß es sich besonders angelegen sein lassen. Wo die organisatorischen Voraussetzungen vorhanden sind, erscheinen bezirkliche Jugendleiter-Konferenzen oder auch Jugendleiter-Kurse als zweckmäßig. Für Propagandazwecke sollten Werbeschriften herausgebracht werden; der Verwendung des Films für Werbezwecke ist Aufmerksamkeit zu widmen. Als dringend wünschenswert erscheint die Schaffung eines Reichs-Ferienheims."

✡ ✡

Gewerkschaften und Berufsschule.

Ueber dieses Thema sprach Paul Koste als Berufsschullehrer in längeren allgemeinen Ausführungen, nachdem Ernst Niekisch sich über „Jugend und Beruf" in tiefschürfender Weise geäußert hatte. Was dieses letztere Thema anbetrifft, so werden wir in längeren Ausführungen später darauf zurückkommen. Die wesentlichsten Ausführungen über unsere Stellung zur Berufsschule sind in folgender Entschließung festgelegt:

„Es entspricht dem Wesen der Gewerkschaften, daß sie die Berufsschule als eine unbedingt notwendige Bildungsstätte für die heranwachsende Jugend betrachten. Um die schulentlassene Jugend zur Arbeit im Beruf, im Staat und in der Gesellschaft erziehen zu können, wie es ihre Aufgabe ist, muß die Berufsschule mehr als bisher neuzeitliche Lehrweisen und Lehrmittel zur Anwendung bringen. Dies sowie die gegebene Rücksichtnahme auf die geistigen und seelischen Eigenarten der im schwierigen Lebensabschnitt sich befindenden Jugendlichen lassen eine besonders sorgfältige Auswahl der Lehrkräfte erforderlich erscheinen. Ihnen muß weitgehende Möglichkeit zur Weiterbildung geboten werden. Die Konferenz kann aber die Forderung, das vollendete Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Lehrtätigkeit zu machen, nicht als berechtigt ansehen. Es muß tüchtigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lehrtätigkeit offen bleiben.

Dem Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden; bisher mußte jedoch festgestellt werden, daß hierbei die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der neuen arbeitsrechtlichen Verhältnisse (Betriebsräte, Kollektivverträge usw.) noch nicht die verdiente Würdigung finden. Wo die Lehrkräfte für die Anforderungen nicht ausreichen, müssen andere geeignete Personen (Gewerkschaftsführer, Arbeitersekretäre, Gewerbeinspektoren) mit herangezogen werden. Die Erteilung des Religionsunterrichts auch wahlweise ist in den deutschen Berufsschulen abzulehnen.

Die wiederholten Versuche von Unternehmervereinigungen, den Wirkungskreis der Berufsschule einzuengen, z. B. durch die Forderung des Abendunterrichts und der Herabsetzung der Ausgaben, würden, wenn sie Erfolg hätten, die Unterrichtserfolge stark beeinträchtigen. Die örtlichen Gewerkschaftsleitungen werden deshalb aufgefordert, gegen solche Vorstöße ganz entschieden und möglichst gemeinsam mit der Berufsschul-Lehrerschaft Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaften halten nicht einen Abbau, sondern einen weitgehenden Ausbau der Berufsschule für eine volkswirtschaftliche und sozialpädagogische Notwendigkeit. Sie fordern deshalb die reichsgesetzliche Regelung des Berufsschulwesens und unterstützen den Entwurf eines Reichsberufsschulgesetzes, der von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits im Februar 1925 eingebracht wurde."

Bei der folgenden Diskussion ist der Standpunkt einer Rednerin bemerkenswert, die sich dafür ausspricht, daß die Berufsschulen in den einzelnen Ländern nicht den Wirtschaftsministerien, sondern den Volksbildungsministerien untergeordnet werden sollen, da nur von letzteren anzunehmen ist, daß sie ohne jegliche wirtschaftliche und geschäftliche Gesichtspunkte an die Bildungsarbeit herangehen.

Darauf nahm die Konferenz zwei Referate über die Berufsausbildung in der Gesetzgebung entgegen. Als erster Referent sprach R. Timm (Holzarbeiterverband) über den neuen Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, dem sich A. Fülle (Buchdruckerverband) mit einem Vortrag über die praktische Mitwirkung der Gewerkschaften an der Regelung der Lohnverhältnisse anschloß. Nach einer kurzen Debatte wurde dazu folgende Entschließung angenommen:

„Der im Sommer 1923 fertiggestellte Referentenentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes stellt gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens einen gewissen Fortschritt dar. Wohl gibt der Entwurf der Arbeiterschaft eine Möglichkeit zur Mitwirkung, jedoch räumt er dem Handwerk in einzelnen Fällen wieder eine Vorzugsstellung ein. Diese Sonderbehandlung entspricht nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen und auch nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung.

Weiter wird als ein Mangel des Entwurfes angesehen, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge oder besondere Lehrlingsordnungen keine Berücksichtigung gefunden hat. Die 3. Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen fordert von der Regierung die Berücksichtigung der bereits in den Vorberatungen erhobenen Forderungen der freien Gewerkschaften bei der Fertigstellung des endgültigen Entwurfes und verlangt weiter, den Entwurf nunmehr beschleunigt dem Reichstage vorzulegen und zur Verabschiedung zu bringen."

Diese Entschließung sowie die Entschließung über die Stellung der Gewerkschaften zur Berufsschule sollen dem Gewerkschaftskongreß zur Bestätigung unterbreitet werden. Außerdem wurde noch eine Entschließung der Jugendzentrale gutgeheißen, die sich für eine gesetzliche Regelung der Ferien auf der Grundlage von drei Wochen bezahlten Ferien für Jugendliche unter 16 Jahren und zwei Wochen für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren einsetzt. Die Konferenz begrüßt es, so wird dann weiter in der Entschließung gesagt, daß die gesamten deutschen Jugendverbände diese gewerkschaftliche Forderung zu der ihrigen gemacht haben. Sie erwartet nunmehr von allen Kreisen der Bevölkerung weitgehende Unterstützung der Ferienforderung, deren baldige Erfüllung eine soziale Pflicht ist.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz aufgearbeitet. Nachdem Markert-Hamburg als Leiter der Konferenz in einem kurzen Schlußwort eine Uebersicht über die geleistete Arbeit gegeben hatte, wurde die Tagung mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes: „Die junge Garde" geschlossen.

✡ ✡

Die öffentlichen Kundgebungen.

Kaum hatte der Jugendkongreß sein Ende erreicht, als sich in den Straßen Hamburgs ein buntbewegtes Leben entwickelte. Neben den fahrplanmäßigen Zügen brachten elf Sonderzüge Tausende und Abertausende Arbeiterjungen und -Mädels nach Hamburg. Ueberall wurde ihnen ein herzlicher Empfang und freundliche Aufnahme zuteil. Unmöglich ist es, in Worten die Hilfsbereitschaft und das geäußerte Solidaritätsgefühl der Hamburger Arbeiterschaft zu bekunden, unmöglich auch, die mächtige Begeisterung und innere Freude der Zusammengeströmten darzulegen. Nur eins fühlte man immer wieder: Diese Arbeiterjugend wird nicht in der Not des Alltags untergehen, sondern trotzig und stark ihr Geschick meistern.

Nachdem am 8. August abends in den verschiedenen Stadtteilen 20 Veranstaltungen mit großem Besuch stattgefunden hatten, wobei Redner über wichtige Fragen politischer und kultureller Art sprachen und auch die Arbeiterjugend einiger Großstädte zur Geltung kam durch besondere Feiern, setzte sich bei Eintritt der Dunkelheit der Fackelzug in Bewegung. Wohl 30 000 an der Zahl mögen es gewesen sein, die, frohe Kampfeslieder singend, durch die Straßen zogen, von vielen Augen bewundert.

Noch wuchtiger aber war die Demonstration am andern Tag. Nach einer vorhergegangenen Jugendschutzkundgebung im Gewerkschaftshaus versammelte sich die Jugend an drei Plätzen der Stadt, um sich dann zu einem großen Massenheer zu vereinigen. In allen Straßen, die von Menschen überfüllt waren, wiesen große Schilder auf unsere Forderungen hin und machten somit allen klar, welchen Sinn und welche Bedeutung dieser gewaltige Aufmarsch der arbeitenden Jugend hat. Im Stadtpark angelangt, sprachen dann verschiedene Redner wieder zu den ungeheuren Menschenmassen, die sich angesammelt hatten, über unsere Forderungen und Wünsche als arbeitende Jugend. Einen würdigen Abschluß von dieser Veranstaltung bildete die folgende Schlußfeier im großen Stadion, die auf alle Teilnehmer einen tiefen Eindruck machte.

So zeigten denn die verschiedensten Veranstaltungen und der Verlauf dieser Tage, daß in der arbeitenden Jugend Deutschlands ein mächtiger Lebens- und Befreiungswillen lebt. Unvergeßlich werden jedem Teilnehmer diese Stunden bleiben, die aufs neue sichtlich bekundet haben, daß die junge Generation der Arbeiterbewegung lebt und nach vorwärts drängt. Diejenigen aber, die nicht mit dabei sein konnten und die nur im Geiste sich die Vorgänge vor Augen führen können, mögen von diesen Wahrzeichen kampffreudigen Geistes lernen und neue Kraft für unseren Kampf schöpfen. Mit neuem inneren Ansporn muß es deshalb in der Arbeit weitergehen auf dem Weg, zu dem Hamburg einen bedeutungsvollen Markstein gegeben hat.

Aus dem Kreise der Kameraden.

† UNSERE TOTEN †

In Schmiedeberg (Erzgebirge) ist durch Unglücksfall der Kamerad Hermann Keller aus dem Leben geschieden. Von Jugend auf für den Verband tätig, keine Arbeit, keine Maßregelung scheuend, noch als Invalide lange Jahre Unterkassierer, sei er den Jungen ein leuchtendes Vorbild!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ehrung von Jubilaren.

In zwei Verbandshochburgen ehrten die Kameraden am 16. August die alten Verbandsveteranen durch besondere Feiern. In Dortmund überreichte man morgens 42 Jubilaren, 3 von 1889 und 39 mit 25jähriger Mitgliedschaft, ein Erinnerungsblatt. Nachmittags fand im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Feier statt, bei der Kamerad Limbertz eine Ansprache hielt, in der er die Kämpfe, die Leiden und Freuden der Verbandstätigkeit aus den 90er Jahren Revue passieren ließ.

In Durchholz ehrte man auf dieselbe Weise 29 Verbandskameraden. Bei dieser alten Garde des Verbandes hielt Kamerad August Siegel die Festansprache.

Wie es auf Mont Cenis aussieht.

Auf der 5. Sohle, westliche Richtstrecke, ist es dem Kumpel kaum noch möglich, nach der Arbeit zu kommen, wenn er in dem Schlamm seine Schuhe nicht stecken lassen will. In der Strecke sieht es schon über ein Vierteljahr so aus. Die Wassergräben liegen an manchen Stellen zu, wodurch das Wasser keinen Abzug erhält. Aus Sparsamkeitsgründen hat man in der Strecke keine Reparaturhauer nötig. Dann möge sich die Bergbehörde einmal die blinden Schächte ansehen! Bekanntlich findet in den meisten derselben Seilfahrt statt. Aber die Stapelrahmen liegen derart voll Steine und Kohlen, daß es einen wundert, daß bei der Seilfahrt nicht schon mehr Kumpels verletzt worden sind. Aber die Jagd nach Kohlen läßt auch keine Zeit übrig, damit der Reparaturhauer mal einmal in der Woche die Rahmen reinigen könnte. Genau so sieht es in den Fahrschächten der blinden Schächte aus. Nur Kohlen und abermals Kohlen! Das Antreibesystem steht hier in schönster Blüte. Auch eine künstliche Verlängerung der Schichtzeit hat man jetzt für die Mittagschicht eingeführt. Fährt der Kumpel mittags mit dem 5. oder 6. Korb an, so ist er um 20 Minuten vor 2 Uhr unten. Anders ist die Sache aber des Abends. Dann wird umgesetzt von einer Etage zur anderen und dann kommt der 5. oder 6. Korb um 10 Uhr heraus. Das ist eine Verlängerung der Schichtzeit um 20 Minuten. Aber dadurch hat man ja die Hilfsanschläger gespart und es brauchen ja auch nachts keine Kohlen gefördert zu werden. Des Mittags im Schichtwechsel dauert die Seilfahrt ungefähr eine Viertelstunde, weil nicht umgesetzt wird. Auch das Benehmen der Fahrsteiger dem Arbeiter gegenüber könnte etwas höflicher sein, denn in der Grube hat man keinen Kasernenhof. Auch hat man auf Mont Cenis 1/111 mit fleißiger Agitation für den Kriegerverein eingesetzt. Einer der besten ist wohl der Fahrhauer Herrschaft, denn aus dessen Munde hört man weiter nichts, wie: „Kumpel, laß dich aufnehmen in den Kriegerverein." Am 29. und 30. Aug. findet das Kriecherfest statt, da will man den alten wilhelminischen Jahrmarktsrummel wieder wachrufen. Kameraden von Mont Cenis! Meidet die Stätte dieses Rummels und bleibt zu Hause, denn so hohe Löhne werden auf Mont Cenis nicht verdient, daß man so einen Rummel mitmachen kann. Löhne von 5,80—6,30 Mk. sind nichts Seltenes mehr für den Hauer, aber feste Ueberschichten kloppen ist Regel. Hat man doch im Revier des Steigers Schneider Hauer, die in einer Woche zweimal hintereinander doppelt machen, das sind im Monat acht Ueberschichten, während das Heer der Erwerbslosen immer größer wird! Wenn ein Arbeiter entlassen wird und er frägt bei dem Betriebsführer nach dem Grund, so heißt es: „Wegen Betriebseinschränkung entlassen." Aber auf der anderen Seite fordert man von dem Kumpel, der noch am arbeiten ist, Ueberschichten. Das sind ganz ungesunde Zustände, die in sich zusammenbrechen müssen. Kameraden von Mont Cenis! Denkt an eure auf der Straße liegenden Mitbrüder und macht keine Ueberschichten mehr, damit man diese armen Kumpels wieder einstellt. Jede Ueberschicht ist ein Selbstmord! Das Strafsystem auf diesem Pütt steht in Blüte wie nie zuvor. Das große Fenster an der Markenkontrolle ist bei weitem zu klein, um die Strafzettel alle zu fassen. Werden doch allein an Strafen wegen nicht genügenden oder unreinen Beladens der Kohlenwagen ca. 250—300 Mk. monatlich ans Brett gehängt. Wenn man die Kohlenwagen im Querschlag stehen sieht, so soll man es überhaupt nicht für möglich halten, daß dort noch ein Wagen wäre, der nicht genügend beladen ist (besonders die Wagen aus dem Revier Backhaus). Die Wagen stehen ungefähr 8—10 Zoll hoch aufgetürmt mit Stücken. Man könnte einmal den Versuch machen: Man nehme eine Schichtförderung von 1800—2000 Wagen und kippe diese auf einen Haufen, lade dann die Wagen ordnungsmäßig wieder voll und stelle den Ueberschuß alsdann fest. Es würde dann noch ein ganz beträchtlicher Haufen liegen bleiben. Also, verehrte Verwaltung, es kommt nur auf den Versuch an! Sollen diese Mißstände beseitigt werden, Kameraden, so schließt euch restlos dem Bergarbeiterverbande an!

Wer schmückt sich mit fremden Federn?

Das Fachorgan des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, „Der Bergarbeiter", brachte in seiner Ausgabe vom 14. August einen Artikel mit der Ueberschrift: „Man soll sich nicht mit fremden Federn schmücken". Der Unterzeichner dieses Artikels, Bezirksleiter Stuve, versucht der „Bergarb.-Ztg." nachzuweisen, daß sie in ihrer Nr. 26 vom 27. Juli Lügen zum Opfer gefallen ist. In der betreffenden Notiz wurde die Mitteilung gemacht, daß die Verwaltung der Rheinpreußenschächte durch Schiedsspruch dazu verurteilt worden sei, den zu wenig gezahlten Lohn nachzuzahlen. An der Tatsache dieser Mitteilung ist nicht zu rütteln, denn die betreffenden Arbeiter der Verladung sowohl wie die anderen haben ihr Geld bekommen. Was St. anscheinend nicht gefällt, ist, daß „Der Bergarbeiter" (aus Platzmangel?) nicht die Möglichkeit hatte, das zu bringen, was die „Bergarb.-Ztg." gebracht hat. Die Bergarbeiterschaft kann gewiß froh sein, daß es einen Bezirksleiter Stuve gibt, der wachgeblieben ist und nicht geschlafen hat, wie alle anderen Verbände es getan haben, außer des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins. So sind wir durch den Artikel des „Bergarbeiter" auch dahinter gekommen (geahnt hat es uns schon seit längerer Zeit), daß der Betriebsrat von Schacht IV (Röthen) Angst hat. Mein lieber Stuve! Was soll es bedeuten, daß in einem Fachblatt geschrieben wird, der Betriebsrat (Obmann war Röthen zu damaliger Zeit noch nicht) hat sich nur aus Angst dazu bewegen lassen, die Schiedsstelle Dr. Weise anzurufen, wo man in mündlichem Ausdruck sagt: „Hätten wir nur auf jedem Schacht einen solchen Betriebsausschuß! In diesem Unterschied von Meinungsäußerungen scheinen deine Beine doch ziemlich kurz zu sein.

Des weiteren sagt St., daß mit dem Anrufen der Schiedsstelle den Leuten nicht gedient sei, denn die betreffenden Schrankenwärter und Weichensteller (Invaliden) haben andere Arbeit bekommen, wo sie 12 Stunden arbeiten mußten und gesunde Leute sind an deren Stelle gesetzt worden. Zu gleicher Zeit wird dann gesagt, die früher an dieser Stelle tätigen Invaliden liegen heute noch auf der Straße. Soll damit gesagt sein, daß diese alten Leute damals gleich nach dem Prozeß auf die Straße gesetzt wurden? Eins kann nur möglich sein: entweder sie haben andere Arbeit erhalten oder sie wurden sofort arbeitslos. Das erstere war der Fall. Wenn mit der Zeit diese Invaliden aber doch arbeitslos geworden sind, so muß die Frage aufgeworfen werden: warum hast du das nicht verhindert? Du schläfst doch nicht, du bist doch wach! Warum hast du deinen Einfluß nicht bei dem Demobilmachungskommissar geltend gemacht, daß Entlassungen und Stillegungen verboten wurden?

Nun zum Schluß. Aus Angst hat der B. O. die Schiedsstelle Dr. W. angerufen, welches deiner Meinung nach zwecklos war. Willst du uns nicht sagen, aus welchem Grunde du dazu übergegangen bist, nach dem Urteil von Dr. W., welches am 8. Jan. 25 in Mörs gefällt wurde, an die Direktion der Gewerkschaft Rheinpreußen unterm 12. Januar 25 ein Schreiben zu richten, worin du darauf aufmerksam machst, daß Oberbergrat W. den Spruch gefällt hat und du um Beilegung des Streites bittest? Wörtlich hast du an die Direktion geschrieben:

„Nachdem nun die von den Vertragsparteien seinerzeit eingesetzte Schiedsstelle gesprochen hat und somit ein Recht in diesem Falle zwischen den Vertragsparteien geschaffen hat, ersuchen wir, baldmöglichst die den Schrankenwärtern zustehenden Lohnbeträge zur Nachzahlung zu bringen. Sollten Sie die Auszahlung ablehnen, werden wir den Klageweg beschreiten müssen."

Eine sonderbare Einstellung! Am 12. Januar hat man sich auf den Schiedsspruch W. berufen und am 14. August schreibt man in einem Artikel, daß die Schiedsstelle W. in Dortmund gar keinen Einfluß ausgeübt habe. Wie kommt man dazu, etwas, was ein anderer tut, zu verwerfen und nachdem es von Erfolg war, sich dieses unberufener Art und Weise anzueignen? Doch nicht etwa, um sich mit fremden Federn zu schmücken? Es wird unangenehm sein, daß wir in der Lage sind, wörtlich zu zitieren, besonders, wenn unter dem Schreiben zum Ausdruck gebracht wird: „Das Schreiben darf in keine fremde Hand kommen." Um der Großmannssucht gewisser Leute einen Dämpfer vorzuschieben, sei hiermit im besonderen festgestellt, daß längstens vor der Verkündung des Urteils am 17. November 1924 die Klage betr. Schrankenwärter von dem „ängstlichen Betriebsrat" schon im Oktober eingereicht worden war.

So der wahre Sachverhalt. Das Urteil über Schlafen und Wachen überlassen wir den in Frage kommenden Arbeitern selbst.

Die neuen Kalilager bei Wesel.

Nach den Ergebnissen der tektonischen Untersuchung von Bergwerksdirektor Landgraeber dürften auf der linken Seite des Rheins etwa 56 Millionen Tonnen Kalisalz als anstehend anzunehmen sein, die einen Ertrag von 30 Mill. To. Reinkali mit Sicherheit erwarten lassen. Auf der rechten Rheinseite liegen die Verhältnisse nicht minder günstig. Dazu kommt, daß Steinsalz in vorzüglicher Beschaffenheit und reichen Mengen erbohrt worden ist. Die Steinsalz- und Kalisalzschichten stehen in Mächtigkeiten von 200—300 Meter an. Das eigentliche Hauptsalz bildet die Karnallitzone mit einem außerordentlichen reinen Karnallit, der einen Chlorkaliumgehalt von 24—27 Prozent besitzt. Mit der Ausbeutung kann jetzt, nachdem die ersten Schächte niedergebracht sind, begonnen werden.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Die Kaliarbeiter rühren sich.

Am 16. August fand in Nordhausen am Harz für die Kaliindustrie des Südharzes eine Konferenz der Kaliarbeiter statt, die sich mit der Arbeitszeit- und Lohnfrage beschäftigte. Die Konferenz war von allen Schächten mit Delegierten beschickt und nahm einen sehr guten Verlauf. Bezirksleiter Wendt referierte über die Arbeits- und Lohnverhältnisse vor und nach dem Kriege sowie die Arbeitsmethoden, die sich zurzeit im Kalibergbau geltend machen. Redner kam zu dem Schluß, daß die heutigen Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse einer sofortigen Prüfung bedürften, wenn nicht letzten Endes die Belegschaften der Kaliindustrie schweren gesundheitlichen Schäden ausgesetzt sein sollten. Die Aussprache der Delegierten ergab haarsträubende Fälle aus den Arbeitsverhältnissen und man war einmütig der Ansicht, daß so schnell wie möglich Remedur zu schaffen sei. Auf Vorschlag der Konferenzleitung wurde nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Vertrauens- und Betriebsobleute der Südharzer Kaliindustrie des Bezirks Nordhausen am Harz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Stellungnahme der Unternehmer in Gemeinschaft mit dem Arbeitsministerium zur Arbeitszeit- und Lohnfrage.

Konferenz erklärt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, baldmöglichst die achtstündige Arbeitszeit wieder durchzuführen; desgleichen menschenwürdige Lohnverhältnisse. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wird aufgefordert, in Gemeinschaft mit den am Tarif beteiligten Organisationen Wege einzuleiten, die es ermöglichen, die achtstündige Arbeitszeit einschl. einer halbstündigen Pause wieder herzustellen und die Löhne derart zu gestalten, daß Hunger und Not von den schwer um ihr Leben ringenden Kaliarbeitern ferngehalten werden. Um dieses zu erreichen, verpflichten sich die Konferenzteilnehmer, alles zu tun, das geeignet ist, das letzte Belegschaftsmitglied den Organisationen zuzuführen."

Bücher und Schriften.

Eine neue Shakespeare-Ausgabe.

Der Volksbühnenverlag (Berlin NW 40) bringt in der Reihe seiner Klassikerausgaben jetzt eine sechsbändige Ausgabe von Shakespeares Dramen. Die Ausgabe ist von Dr. Arthur Eloesser besorgt und verwirklicht in würdiger Weise das Programm, das sich der Volksbühnenverlag für seine Klassikerausgaben gestellt hat; nicht nur, daß es sich um eine sehr gute Zusammenstellung der besten Uebertragungen der Shakespeareschen Dramen handelt, — durch das Lebensbild Shakespeares, das Eloesser der Ausgabe vorangestellt hat, durch seine knappen, aber außerordentlich lebendigen Einführungen zu den einzelnen Werken und durch kurze Anmerkungen am Rande jedes Bandes wird auch dafür gesorgt, daß Shakespeares Schaffen von jedermann voll verstanden und in seiner ganzen Bedeutung gewürdigt werden kann. Die Ausgabe ist philologisch gewissenhaft und doch im besten Sinne volkstümlich. Der Verlag hat ihr überdies ein sehr würdiges Gewand gegeben. Sechs Bände, trotz ihrer durchschnittlich 400 bis 500 Seiten, schlank und elegant wirkend, auf holzfreiem Papier und in Ganzleinen gebunden und künstlerisch ausgestattet, lassen die Ausgabe auch äußerlich als wertvolle Bereicherung jeder Bücherei erscheinen. Die Bände, die im Buchhandel 1,20 Mk. kosten, sind bereits zum Vorzugspreise von 3 Mk. durch die Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin, Inselstraße 6, zu beziehen.

Die Afa.

Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Preis in eleganten Leineneinband 8 Mark.

Das größte Werk über die Angestelltenbewegung im besonderen und die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit im ganzen ist zu dem am 15. Juni d. J. in München zusammengetretenen AfA-Gewerkschaftskongreß erschienen. Das 530 Seiten umfassende, drucktechnisch erstklassig ausgestattete und mit zahlreichen Illustrationen versehene Buch ist für jeden in der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung Tätigen eine wahre Fundgrube wertvollen Materials für die geistige Forschung, wie für die Propaganda gemeinwirtschaftlicher, sozialer und sozialistischer Gedanken.

Die Abschnitte über die deutsche Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte der Nachkriegsjahre zeigen zum ersten Male in einer systematischen Zusammenstellung das gewaltige Maß der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den schweren Krisen- und Inflationsjahren geleisteten Arbeit. Man sieht förmlich, wie Tag um Tag und Stunde um Stunde Dämme aufgerichtet werden mußten, um die werktätige Bevölkerung unseres Landes in dieser Zeit vor dem völligen Versinken in dem Wirtschaftschaos zu schützen. Es gibt keine sozialpolitische Frage und kein Gewerkschaftsproblem, das nicht eingehende Behandlung erfährt. Dazu werden zahlreiche Dokumente aus dieser wichtigen nachkriegszeitlichen Geschichtsperiode wiedergegeben und festgehalten. Das Buch gibt auch Aufschluß über die innerorganisatorischen Vorgänge in den deutschen Gewerkschaften, über die Verbindung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Beziehungen zu den politischen Parteien und die Zusammenhänge der Gewerkschaften mit der großen republikanischen Bewegung.

Dieses Werk, an dessen Zustandekommen eine Reihe sachkundiger Gewerkschaftsführer und Wissenschafter mitgewirkt hat, füllt eine Lücke aus, die in der Literatur der deutschen Gewerkschaften über die historische Entwicklung in der Nachkriegszeit bisher bestanden hat. Es führt aber auch ein in die Psyche der Angestellten, Beamten und Kopfarbeiter, um die Voraussetzungen zu zeigen, die für ein besonders inniges Vertrauensverhältnis der geistigen und manuellen Arbeiter erfüllt werden müssen, um den Gedanken einer allgemeinen Arbeitnehmersolidarität zu verwirklichen. Die Anschaffung dieses für die kommende Zeit unentbehrlichen Nachschlagewerkes kann jedem Politiker, Wirtschafts- und Sozialpolitiker und Gewerkschaftsgenossen nur dringend empfohlen werden. Um eine Massenverbreitung zu ermöglichen, ist der Preis dieses Prachtwerkes außerordentlich billig gehalten. Vereinsausgabe für Gewerkschaftsmitglieder 3,90 Mk., in Leinen gebunden. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle des AfA-Bundes, Berlin NW 40, Werftstraße 7.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 35. Woche (vom 24. bis 29. August) fällig. Wir bitten um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Krankengeldauszahlung.

Dortmund IV. Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Friedr. Bohse, Dortmund, Hohe Straße 57, 3. Etage.

Zur Beachtung!

In diesem Jahre versuchen zwei Verleger, und zwar der „Deutsche Bergmannskalender" (Herausgeber R. Flegel in Buer-Scholven) und der „Ruhr-Bergmannskalender" (Herausgeber Joh. Mang und Otto Wohlgemuth) bei unseren Mitgliedern Absatz für einen Kalender des Jahres 1926 zu finden. Uns ist zur Kenntnis gelangt, daß ersterer ohne unser Einverständnis sich an unsere Knappschaftsältesten des Ruhrgebiets und auch an Zahlstellen in Mitteldeutschland mit einem Prospekt zur Aufgabe von Sammelbestellungen gewandt hat. Um etwaigen Zweifeln vorzubeugen, weisen wir unsere Mitglieder schon jetzt darauf hin, daß wir mit diesen beiden Unternehmen nichts zu tun haben. Unser alter Taschenkalender, der sich seit vielen Jahren bei den Kameraden besonderer Beachtung und Wertschätzung erfreut, wird auch für das Jahr 1926 wieder erscheinen.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, diesem die alte Treue zu bewahren und Bestellungen schon jetzt bei den Ortsverwaltungen aufzugeben. Die Ausgabe erfolgt voraussichtlich Anfang Oktober.

H. Hansmann & Co.

Schluß des redaktionellen Teils.

„Komet-Freilauf"
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

Preissteigerung

auf allen Gebieten! Trotzdem ist es der Sigurd-Gesellschaft m. b. H. in Cassel durch ihren kolossalen Umsatz möglich, ihre schon niedrigen Preise weiter zu ermäßigen. Hierdurch ist jedermann ganz besonders Gelegnheit geboten, hervorragend gute Ware enorm billig einzukaufen. Auf die Güte und Preiswürdigkeit der „Sigurd-Räder" sei an dieser Stell nochmals ganz besonders hingewiesen. Die Räder sind bekannt durch ihre außergewöhnliche Stabilität bei leichtem Lauf und höchster Eleganz. Tausende unaufgefordert zugehende Anerkennungen bestätigen dies. Für Erstklassigkeit der Sigurd-Räder, welche nur mit der millionenfach bewährten Torpedo-Freilaufnabe mit Rücktrittbremse ausgestattet werden, bürgt schon die von der Sigurd-Gesellschaft m. b. H. in Cassel übernommene dreijährige Garantie. Interessenten steht der reichhaltige Katalog der Sigurd-Gesellschaft m. b. H. in Cassel kostenlos zur Verfügung.

Togal

gegen **Schmerzen**

der Nerven, Rheuma, Gicht, Ischias, Kopfschmerzen, Grippe und Erkältungskrankheiten.

Togal-Tabletten stillen die Schmerzen und scheiden die Harnsäure aus. Hervorragend bewährt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.

12,6% Lith., 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amyl.

Reelle gute Bedienung

Jeder Raucher

verlange,

bevor er Rauchtabak bestellt, meine Preisliste, die gratis und franko versandt wird. Erstaunlich billige Preise, gesiebte ausgiebige Sorten, die Ihnen schmecken werden. Bei 8 Pfd. eine Grob- oder Feinschnitt-Pfeife gratis oder wenn diese nicht gewünscht, dafür ein anderes Präsent nach der Auswahlliste, die meiner Preisliste beigefügt wird. Versand auch in kleineren Quantitäten porto- und verpackungsfrei,

Schreiben Sie noch heute, damit Sie es ja nicht vergessen, an die

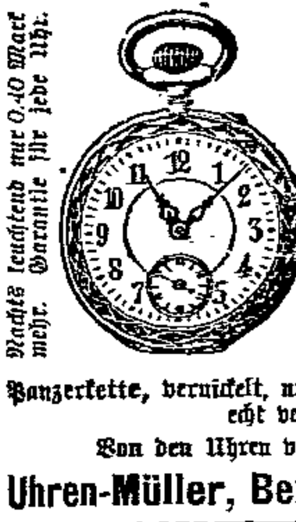
große und altberühmte Rauchtabakfabrik „Weltruf"

Emil Köller,

Bruchsal Nr. 169 (Baden.)

Reklamepreis nur 4.00 Mark

kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 52, stark vern., ca. 30st. Werk, genau reg. nur 4,00 Mk.



Nachts leuchtend nur 0.40 Mark mehr. Garantie für jede Uhr.

Nr. 53, dieselbe m. Scharnier nur 4.50 „
Nr. 51, dieselbe, echt versilb. mit Goldrand u. Scharnier nur 5.00 „
Nr. 55, dies., mit bess. Werk nur 6.50 „
Nr. 58, ganz vergoldet mit Sprungdeckel . . . . 12.80 „
Nr. 39, Damenuhr, versilbert, mit Goldrand . . . nur 7.50 „
Nr 79, dies, kleines Form. nur 10.00 „
Nr. 81, dies, echt Silber, 10 St. 20.00 „
Metall-Uhrkapsel . . . nur 0.25 „
Golddoublé Kav.-Kette . nur 5.00 „
Nr. 47, Armbanduhr m. Riemen 8.00 „
Nr. 44, dies. m. bess. Werk nur 12.00 „
Wecker, Ia. Messingwerk, nur 3.20 „

Panzerkette, vernickelt, nur 0.50 Mk., echt versilbert nur 1.50 Mk., echt vergoldet nur 2.00 Mk.

Von den Uhren verkaufe jährlich ca. 10000 Stück.

Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175, Friedrich-Franzstr. 14.

5000 große moderne Ferngläser umsonst

nicht, aber für den Reklame-Spottpreis von nur Mk. 3,25 pro Stück wie Abbildung inkl. gefüttertem Etui, Großer Reklame-Verkauf! Großes Gesichtsfeld! Gute Linsen! Geschlossen 7 cm, aufgeschraubt 8,5 cm groß. Jeder ist entzückt! Täglich Dankschreiben, Nachbestellungen, Weiterempfehlungen! Für Theater, Reise, Kino, Sport, Jagd, Rennen, Ausflüge, Wandervögel, Touristen, Radfahrer etc. Herrliche Fernsicht, Vorzügl. klare Vergrößerung! Auszug zum Stellen, für jedes Auge passend! Gute Ausführung! Garantie für jedes Stück! Postscheckkonto Berlin 49554. Vorsicht vor minderwertigen Nachahmungen.

A. Müller & Co., Opt.-Fabr., **Fichtenau** H 162 b. Berlin

1000 Italiener Junghühner

täglich lieferbar unter Garantie lebender Ankunft.

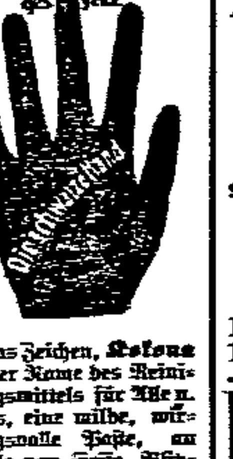
1925. Frühbrut, 3—4 Monate alt 2,70 M.
ältere über 4 Monate 3,30 M.

Spezialfarben:

weiß, rebhuhnfarbig, Kuckucksperber, gelb, silberhalsig. 30 Pfg. teurer.

Legende 1924. Hühner 4,50 M.

Zuchtgeflügelgrossh. Krauss,
Gross-Zimmern i. Hess.



ist das Zeichen, **Kokona** ist der Name des Reinigungsmittels für Alle u. Alles, eine milde, wirkungsvolle Paste, an Stelle von Seife, Blitzblank, Bimsstein, Sand. **Kokona** hilft der Frau bei allen häuslichen Reinigungsarbeiten. Aluminium und Hausgerät wird blank, die Hände sehen trotz schmutziger Hausarbeiten durch **Kokona** wieder sauber und gepflegt aus. **Kokona** befreit den Mann von Arbeitsschmutz. Auch die starke Arbeitshand des Mannes soll schön und gepflegt sein, gleichgültig, ob Arbeiter oder Sportsmann. Kein geheimnisvoller, [illegible] teurer Schönheitscreme. Ganz billig. Tagtägliches Sparen [illegible]. Versand erfolgt verpackungs- und postfrei [illegible] Voreinsendung u. Nachnahme des Betrages. Ladenpreis: Dose Größe I = 1 Pfund 0,50 M., Größe II = 200 g 0,30 M. Versandpreise: Dose II = 200 g 0,35 M., Größe I = 500 g 0,75 M. Postpaket enthaltend 20 Dosen Größe II 6,20 M. oder 6 Dosen Größe I 3,30 M. Bahnkiste: 100 Dosen Größe II 30,— M. oder 50 Dosen Größe I 25,— M. [illegible] 7,5 kg Inhalt M. 6,50. [illegible] Betrieben, welche der Belegschaft Reinigungsmittel zu liefern haben, [illegible] Berlin, Magdeburger Str. 6, [illegible]

Motorräder

gegen bequeme Ratenzahlungen und erschwingliche Anzahlung, fabrikneue und auch gebrauchte, verschiedene Fabrikate, zu äußerst billigsten Preisen, versende ich an sichere Kunden. Bitte verlangen Sie Preislisten, Bedingungen, Kaufvertrag und Buch mit Abbildungen und Beschreibungen.

Gust. Gers, Motorräder,
Braunschweig 7, Echterstr. 38.

Blütenreinen

Bienen-Honig

mit Zusatz feinster Raff.

10 Pfund-Eimer Mark 12,00

ab hier Nachnahme.

Eugen Schulze

Versandhaus

Freiburg i. B., Schlangenweg 5.

Billige böhmische

Bettfedern

1 Kilo graue geschlissene [illegible] 3.—, [illegible] 4.—, weiße 5.—, bessere 5.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.—. Versand [illegible] gegen Nachnahme. [illegible] Umtausch u. Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 209 bei Pilsen in Böhmen.

Feldgraue

Tuche

per Meter Mk. 4,50. Vertreter gesucht. Tuchfabrik [illegible]

Die Riesen-Erdbeere schwarze Ananas auch Blut-Erdbeere genannt, hat durch ihre ungeheure Tragbarkeit alle Welt verblüfft. Zur Haupterntezeit, welche sehr früh einsetzt, zählt man an einem Pflanzstock bis 15 und mehr mit Riesenfrüchten beladene Fruchtstengel. Ein Fruchtansatz von 300 Stück und mehr an einem Stock kann man oft zählen. Um gepflegte Pflanzen liegen die Früchte dermaßen dicht, daß sie sich haufenweise übereinanderdrängen müssen, um überhaupt Platz zu finden. Mann kann die Riesenfrüchte im wahrsten Sinne des Wortes „scheffeln". Die riesige Größe der zuckersüßen aromatischen ananasartig gewürzten Früchte, die in Erstaunen setzen, das trotz großer Saftfülle feste Fleisch der schwarzroten, dabei prachtvoll glänzenden Beere, die ungeheure Fruchtbarkeit wird der Bluterdbeere die marktbeherrschende Zukunft sichern. Dieses Kleinod gebe ich zu nachstehenden Preisen ab: 10 kräftige Pflanzen 1 Mk., 25 Stück 2 Mk., 50 Stück 3.50 Mk., 100 Stück 6.50 Mk., 250 Stück 15 Mk, 500 Stück 25 Mk.. 1000 Stück 40 Mk. Die Pflanzen kommen von Anfang August in guter Moospackung, die eine gute Ankunft gewährleistet, zum Versand. Nur meinen Sendungen liegt meine Kulturanweisung bei, deren Befolgung sichere Ernteerträge ergiebt. Versandgärtnerei Höltge (weltbekannte Firma) Ratzebuhr 210.

5 Jahre zur Aufsicht

mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefall. liefere ich überallhin mein erstkl. Tourenrad **Modell 1925** bei angem. Anzahlung geg. bequeme Wochenraten von nur GM **3.—** Leicht. Lauf, zuverläss. Konstr. Ausg. stat. t t mit Doppelglo kentag., Innenlötung. kompl. Liefg. mit Original „Torpedo" etc. -Freil. m. Rücktrittbremse, extra pr. Bereifg. „Continental" etc. Einjähr. schriftl. Garantie auch f. Gummi. Verl. Sie sof. ill. Prosp. grat. u. frei.

Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach 828F.

Meine Klappkamera

ist die Sehnsucht aller Amateure! Denn sie ermöglicht es jedermann ohne Vorkenntnisse tadellose Aufnahmen herzustellen. — Die Kamera ist eingerichtet für Platten und Filmpack, versehen mit vorzüglich zeichnender Optik in 5facher bis 1/100 Sek. verstellbaren Verschluß mit regulierbarer Blende, Spiegelsucher, Mattscheibe mit Lichtschutzklappe. Statingewinde für Hoch- u. Querraufnahmen und Kassette. Platten, Papiere, Chemikalien u. Anleitung werden ohne Berechnung gratis mitgeliefert, Größe 6 zu 9 cm Gmk. 13,50, 9 zu 12 cm Gmk. 15,—. Versand: Nachnahme zuzüglich Versandspesen oder Vorauskasse spesenfrei. Auskunft und Listen für andere Apparate und sämtlichen Photobedarf nur gegen Briefporto.

Modell Perfekt

F. E. HILTMANN, DRESDEN 28-230

Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik

Paul Hoyer, Delitzsch

(Provinz Sachsen), Angerstrasse 4

sendet Ihnen wieder genau so gut wie früher, auch äusserst billig

Federn und Inletts

Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei

Deutsche Wiener Italiener Chromatische

Handharmonikas

Mundharmonikas, Bandonions, Violinen, Gitarren, Lauten, Mandolinen, Zithern, Holz- u. Blechblasinstrumente, Sprechapparate

Zu Fabrikpreisen direkt an Private

Meinel & Herold

Musikinstrumente- Sprechapparate- Harmonika-Fabrik.

Klingenthal/Sa. № 475

Alte Wollsachen werden zu dauerhaften Herren- und Damenkleiderstoffen billig umgearbeitet in der Wollweberei

Karl Schütz Lardenbach 65 (Oberhess.) Verl. Sie Muster portofrei

Allgäuer Käse.

Emmentaler, vollfett, großgelocht Pfd. 1,60
Limburger, Etg., vollfett, hochfein „ 1,10
Limburger, 20% . . . . . . „ 0,95
Romadur in Stanniol, prima . . „ 1,05

Nur garantiert erstklassige Ware, aus erster Hand, franko Nachnahme.

V. Schädler,
Molkereiprodukte, Hemigkofen (Allg.)

Viktor Kalinowski:

Meine Seele singt!

Gesammelte Gedichte

Preis für Verbandsmitglieder
—— 75 Pfennig ——

Zu beziehen durch

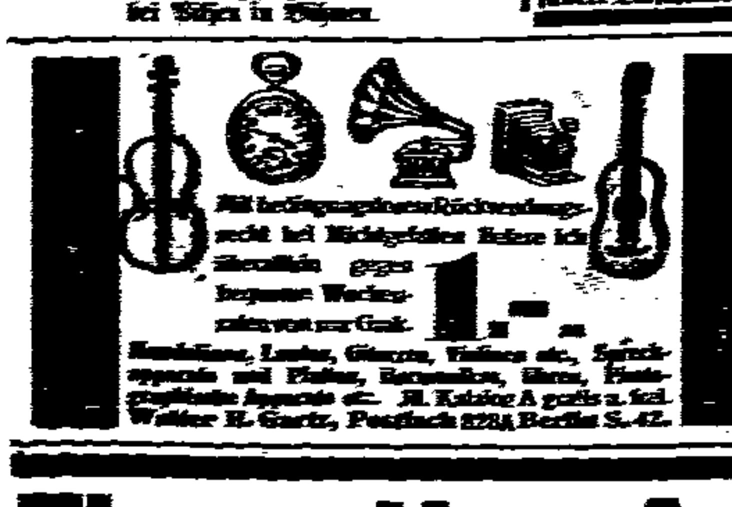
Hansmann & Co., Bochum

Grosser Katalog umsonst.

Größte Auswahl in Musikinstrumenten zu konkurrenzlosen Preisen

Wenden Sie sich nur an **Wolf & Comp.** Klingenthal Sa. Nr. 476

Aufträge von 10 M. an portofrei.



Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überallhin gegen bequeme Wochenraten von nur Gmk. **1.—** an

Bandonions, Lauten, Gitarren, Violinen etc., Sprechapparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photographische Apparate etc. Ill. Katalog A gratis u. frei.

Walter H. Gartz, Postfach 828A Berlin S. 42.

„Ich litt seit 3 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem

Hautjucken

Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife habe ich das Übel völlig beseitigt. H. S., Poliz.-Serg." à Stck. 60 Pf. (15%ig), Mk. 1.— (25%ig) und Mk. 1.50 (35%ig, stärkste Form). Dazu Zuckooh-Creme à 45, 65 und 90 Pfg. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Gartenfreunde!

Besorgt zeitig die Herbstsaat. Erneuert jetzt Erdbeerbeete. Pflanzt im Herbst Rosen, Beerenobst, Buschobst u. Bäume. Denkt an Hyazinthen, Tulpen, Krokus für Winter- u. Frühjahrsflor. Verlangt sofort kostenfrei den Herbstkatalog mit vielen Bildern u. Anweisungen. Schreibt gleich!

Adlersaat-Samenzucht
Adler & Co. * Erfurt 71

Solange Vorrat reicht!

Ia. geräuch. **Schw. Schinken**

gesunde, reinschmeckende Ware Pfd. nur 95 Pf.
Ia. geräuch. Schweinekopf . „ „ 58 „
Ia. „ Schweinebacken v. Kn. Pfd. 105 „

Alles tierärztlich untersucht u. vollwertig abgestempelt. Garantie: Zurücknahme b. Nichtgefallen. Versand in Postpaketen von 9 Pfd. an (Bahnsendungen ab 30 Pfd. per Pfd. alles 5 Pf. billiger) ab hier Nachnahme.

W. Peter Pape, Fleischwaren-Fabrik,
Hamburg 4 B.-Z.

Alte Wollsachen

werden z. neuen, dauerhaften Herren- u. Damenstoffen sehr schön und preiswert verarbeitet.

Moseltaler Wollindustrie
Enkirch (Mosel) 23. Verlangen Sie Muster.

Edamer-Art-Käse

fett, 2 Kug. 9 Pfd. M 7,50, Tilsiterart-Käse, fett, 7,40 9 Pfd., holl. Edamer Orig. Kugeln, fett, 9 Pfd. 9,95, dän. Steppenkäse, fett, 9 Pfd. 9,50, dän. Schweizer Käse, fett, 9 Pfd. 12,95, neue Matjesheringe, fett, 5 kg-Postk. 5,75, Pflaumenmus 5-kg-Eimer 5,80, Ia. Harzer K. 100 St. 2,90 per Nachnahme frei Haus

Feinkostversandhaus **Hamburg,**
Hamburg 4, Kielerstr. 74.
(Inhaber A. Käker).

Musikinstrumente

aller Art, hervorragend in Ton und Ausführung liefert zu billigsten Fabrikpreisen die bekannte Musikfirma: Vogtländ. Musikinstrumentenfabr. und Handlung

Hermann Dölling jr.
Markneukirchen 232.
Katalog franko u. Ang. des gew. Instruments.

Ia. Harzer Käse

feinste Qualitätsware, goldgelb, pikant und speckig, Kiste mit 60 St. 2.90 M. 2 Kist. 5.40 M franko Nachnahme.

Harzer Käsefabrik
Emil Schatz & Sohn,
Blankenburg 16 (Hz.)

Schuhe

f. Gruben- u. Hüttenarbeiter u. and. Berufe. Ia. Ausführung u. Qualität M 8, 9,50, 10. Sandalen 27—30 4 M, 31—35 5 M, 36—46 6 M Nr.-angabe. Nachnahme. Reelle Bedienung. Verlang. Sie Spezialofferte. **Peter Wählen,** Geilenkirchen-Hünshoven (Bez. Aachen)

Kugelkäse

rote Kugeln à 4½ Pfd.
2 Stück 9 Pfd. M 4,85
9 Pfd. rote Tafelk. 4,75
9 Pfd. gelbe Nordmarkkäse . M 4,75
9 Pfd. dänische Ed Fettkäse „ 8,55
9 Pfd. dänische Tafelfettkäse „ 8,25
9 Pfd. dänische Schweizerfettk. „ 10,60
9 Pfd. Holst. Brodenkäse „ 4,40
9 Pfd. hiesigen Bauchspeck „ 11,25
9 Pfd. hiesigen fetten Speck „ 11,70

freibl. ab hier Nachn.

H. Krogmann,
Nortorf i. Holstein 502

Ziehung 15. u. 16. Septbr.

Freiburger Münster

Geld-Lotterie

5724 Gewinne in bar ohne Abzug Mk.

Hauptgew. 125000, 50000, 20000, 10000

Orig.-Lose à 3 Mk. Porto u. Liste 35 ₰ extra empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Emil Stiller Nfg.
Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 37
Baldige Bestellung erw.

18 Meter Damenstoff

oder 9 Mtr. Herrenstoff erhält jed. angefertigt, wer 9 Pfund alte Wollsachen od. Wollabfälle einsendet. Proben mit Anfertigungspreisen franko. Wollweberei **Hch. Schombert,** Lardenbach 77 (Oberh.)

Ia. Harzer-Käse

pikant und speckig, Kiste 60 St. (ca. 4 Pfd.) Mk. 2,70, 2 Kist. Mk. 5 frei Haus unter Nachn

Käserei Köppen,
Wernigerode (Harz 50)

Großer Katalog über alle Musikinstrumente gratis!

Harmonikafabrik
C. Max Härtel
Klingenthal-Sa. 48.

Betten

echtrot, federdicht Daunenköper, 1½-schläfrig großes Oberbett, Unterbett und 1 Kissen mit 14 Pfd. grauen Federn gefüllt a Gebett Gm. 43,— bess. Gebett mit 2 Kissen und 16 Pfd. zartweichen Federn gefüllt Gm. 63,—

Bettfedern

graue, per Pfund Gm. 1,10, zart u. weich 1,50, graue Halbdaunen 3,25, Schleißfedern grau 2,25, weiße Halbdaunen 5,—, Daunen, grau 9,25, weiß 12,50. Bettbezug aus gutem weißen [illegible] [illegible] Metallbetten, Matratzen. Alle Aussteuerartikel billig. Muster u. Katalog 181 frei. Bettfedern-großhandlung, Bettenfabrik und Versand

Th. Kranefuss, Cassel.

Bettnässen

sofortige Befreiung

Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft grat.

Dr. med. Eisenbach,
München A 19,
Theresienstr. 74.

Junge Hühner, beste Eierleger ca. 3½, bis 4½ Mon. Mk. 2.50 bis Mk. 3.10, hochleg. Mk. 3.30. Garantie für leb. Ankunft. Katal. frei. Geflügelh. Litzberger (früher Heinsheim) jetzt Kitzingen a. M. Nr. 14

Prüfet, wählt d. Beste! delikat! **Frei Haus** freibleibend

Edamer Art Käse

2 Kugeln (9 Pfd.) 6,25
9 Pfd. Holländer Art 6,25
9 Pfd. Limburg. Art 6,25
9 „ Dän.-Schweiz. 12,50
9 „ Dän.-Holländer Fettkäse . . . 9,65
9 Edamer Fettkäse 10,95
9 „ Limb. Fettkäse 9,50
9 „ Tilsiter Art Fettkäse in Stanniol 7,75
200 Harzerkäse . 5,20
300 Stück 7,25
2 Pfd. Tafelkäse u. 4 Pfd. Landbutter 10,95
ca. 5 kg. Dose fettr. neue Matjesher. 5,75
5 kg Eim. Pflaumenmus 5,75

E. Napp, Altona 52

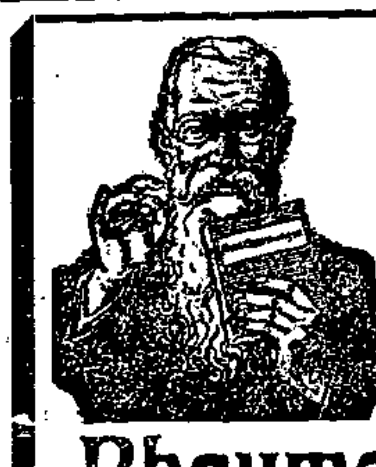
Musik in jedes Haus!

Alle Musikinstrumente

Sprechapparate etc. gegen kleine Anzahlung.

Kleine Raten. Großer illustrierter Katalog frei.

F. Gottschalk,
Köln Nr. 34
Luxemburger Straße 31.



15 Jahre Rheumatismus!

Was 15 Jahre Rheumatismus bedeuten — an Qual und Leid — das vermag nur richtig zu ermessen, wer selbst rheumatismusleidend ist. Wenn aber nach 15 Jahren solche Leiden eine gründliche Heilung erfahren, so sind das Erfolge, die sich sehen lassen dürfen.

Lesen Sie bitte:

. . . Von dankbaren Gefühlen getrieben, kann ich Ihnen mitteilen, daß meine Frau, welche mehr als 15 Jahre an Rheumatismus schwer gelitten, nach Gebrauch von 5 Paketen ihres hochgeschätzten „St. Joseph's Tees" vollständig geheilt ist . . .

Postassistent Faßbender, Bonn.

*

Dr. Zinssers echter St. Josephs-Tee

ist ein vorzügliches, natürliches, wirksame Kräuter enthaltendes Mittel gegen Gicht und Rheumatismus. Er hat schon Tausenden geholfen und wird auch Ihnen Linderung und Heilung bringen.

Unsere Garantie:
Wir zahlen Ihnen den vollen Betrag zurück, wenn Sie bei Anwendung des „Echten Dr. Zinssers Rheumatismus-Tee" keinen Erfolg erzielen.

Das Probepacket liefern wir Ihnen zu dem Ausnahmepreis von **M. 1.50** Porto und Nachnahmespesen tragen wir. Schreiben Sie heute noch, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden!

Dr. Zinsser & Co.

Leipzig 483.

Gegründet 1898 — Seit 27 Jahren bewährt!

Drucksachen

aller Art liefert

sauber preiswert

Buchdruckerei H. Hansmann & Co.,

Bochum i. W., Wiemelhauserstr. 42

Beste Uhren nur 3.50 Mark.

Nr. 3, Herren-Anker-Remontoiruhr, prima vernickelt, 3.50 Mk. **Nr. 4, dieselbe,** versilbert mit Goldrand, Scharnier, ovalem Bügel, 4,50 Mk. **Nr. 5,** dieselbe, ab. m. besserem Werk, 5.75 Mk. **Nr. 6, Sprungdeckeluhr,** 3 Deckel, vergoldet, hochfeine Uhr, 11,50 Mk. **Nr. 7, Damen-Anker-Remontoiruhr,** echt versilb. mit Goldrand, 6.75 Mk. **Nr. 8 Armbanduhr,** mit gutem Lederriemen, 6,90. Kette, vernickelt, 0,40 Mk., Kavalierkette, echt vergoldet, 1 50 Mk. Jede Uhr hat 33stündiges, genau reguliertes Werk.

Versand gegen Nachnahme. Garantie für jede Uhr.

Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3

Wir empfehlen:

Otto Hue:

Die Bergarbeiter

Historiche Darstellung der Bergarbarbeiter-Verhältnisse

2 Bände (Halbleinen) Vorzugspreis 8 Mk.

Bestellungen sind zu richten an

H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemelhauser Str. 42.

36 Berg Gebirg 47

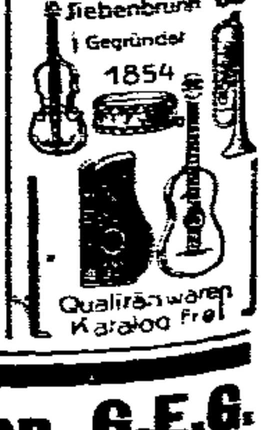
Strapazierstiefel, erstkl., 3 doppelte Sohlen, Garantie, wasserd. 14 Mk., 3 Paar 34 Mk. Gruben- u. Arbeitsst., extra stark 8 Mk., 3 Paar 20 Mk. Nachn. **Fr. Fischer, Kohlberg** bei Aachen.

Junge Hühner beste Legerasse lief. Geflügelhof i. Mergentheim 17 Preisl. frei. Reelle Bedienung.

Volksfürsorge
Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherung

Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues u. seine Arbeiter.

Von Friedr. Langhorst. Preis 1,50 Mk.
Zu beziehen durch H. Hansmann & Co. Bochum.



Zigarette „Arbeitersportler", Preis 3 Pfennige, Fabrikat der G.E.G.

zu haben in allen Verteilungsstellen des Konsumvereins „Wohlfahrt", Bochum